

# DISS-Journal



Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

8 (2001)

aus: INDEX ON CENSORSHIP 6 2000



© These Images, All Rights Reserved

Aus dem Inhalt:

Unser Faulenzer hat Geburtstag

Er hat sich ohne Wenn und Aber für seine Gewalt entschuldigt

Die Deutsche Gildenschaft und das „Institut für Staatspolitik“

Interview mit Klaus Ottomeyer über Jörg Haider

Migration und Alter

„Gesellschaftlicher Verblendungszusammenhang“ - Kongreßbericht

## Zwischen Lackmus-Test und Provokation

### Institutioneller Rassismus – vom Nutzen eines umstrittenen Begriffs

von Thomas Quehl

„Institutioneller Rassismus ist letztlich der Lackmus-Test für die Demokratie einer Gesellschaft“, schreibt A. Sivanandan, Leiter des Londoner Institute of Race Relations (MCT 2000: 20). Festzustehen scheint heute, dass ein grundlegender Baustein auf dem Weg zur ‚multikulturellen Gesellschaft Bundesrepublik‘, die nicht nur ihre Etiketten, sondern auch ihre Praktiken ändern und Rassismus wirklich zurückdrängen will, darin bestehen wird, ein Konzept von institutionellem Rassismus in die offizielle Sprache und Politik aufzunehmen. In Großbritannien geschah dies 1999 durch den Bericht der Untersuchungskommission über das Verhalten der Polizei bei der Aufklärung des Mordes an dem schwarzen Jugendlichen Stephen Lawrence (siehe DISS-Journal 5/2000). So sagte der britische Innenminister Straw anlässlich der Veröffentlichung des Macpherson Reports: „Jede seit langem bestehende, von Weißen dominierte Organisation hat mit einiger Wahrscheinlichkeit Prozeduren, Praktiken und eine Kultur entwickelt, die zum Ausschluss oder zur Benachteiligung nicht-weißer Personen tendieren ... Wir würden uns alle selbst etwas vormachen, wenn wir glaubten, dass die durch diese Untersuchung aufgeworfenen Probleme und Fragen nur etwas über die Polizei aussagen ...“ (Hansard 24.2.1999, zit. in Gaine 2000: 46).

In der Bundesrepublik stellt der Begriff des institutionellen Rassismus hingegen immer noch eine Provokation für die offizielle Politik dar. Gerade deshalb ist es notwendig, im Kontext der theoretisch und politisch zu führenden Auseinandersetzung, die den institutionellen Rassismus als Thema auf die politische Tagesordnung setzt, zu zeigen, in welcher Weise der Begriff in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zur Analyse genutzt werden kann und muss.

„Institutioneller Rassismus“ heißt das Schwerpunktthema dieses DISS-Journals (Seite 11-18)

#### Impressum:

Das DISS-Journal wird herausgegeben vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15  
47051 Duisburg  
Tel.: 0203 / 20249  
Fax: 0203 / 287 881  
e-mail: [diss@uni-duisburg.de](mailto:diss@uni-duisburg.de)  
<http://www.uni-duisburg.de/DISS>  
Druck:  
MR-Schnelldruck  
Detlev Meisl,  
Beguinestr. 57  
47228 Duisburg

# Bravo, da gehört Mut zu: Er hat sich ohne Wenn und Aber für seine Gewalt entschuldigt.

von Jürgen Link

Meine Damen und Herren Medienvertreter, ich begrüße Sie. Sie sind wegen des bewußten Fotos mit mir und dem Polizisten gekommen und erwarten meine Entschuldigung. Sie werden die Entschuldigung für meine Gewalt bekommen, aber ein bißchen anders.

Als die Fotos in den Medien auftauchten, war uns allen im Hause, mich eingeschlossen, sofort klar, daß eine Entschuldigung fällig wäre. Ich beauftragte meinen Staatsminister L.V. mit der Vorbereitung dieser Entschuldigung. Er arbeitete sehr schnell eine absolut astrein professionelle Vorlage aus. In der Besprechung war ansonsten die Meinung vorherrschend, daß eine gute Entschuldigung, gekoppelt mit einem brutalst möglichen Geständnis, in der augenblicklichen politischen Landschaft, also nach dem Trauerspiel mit H.K., sehr produktiv sein kann. Alle meine Berater sahen die Rücktrittsrisiken minimal und sogar im Gegenteil klare Chancen, daß meine Popularität deutlich zulegt.

Ich machte mich also am Anfang einigermmaßen optimistisch an das Einüben der Vorlage von L.V. Üblicherweise ändere ich einzelne Stellen oder nehme was weg bzw. baue was ein. Ich entscheide das letztlich als alter Sponti aus dem Bauch heraus nach dem Kriterium, wie ich die Sätze redemäßig überbringe. Ich habe dabei normalerweise ziemlich viel Spaß, wie mir ja überhaupt dieser Job die ganze Zeit meistens viel Spaß gemacht hat – mit einer Ausnahme, auf die gleich komme.

Diesmal gab es eine Art Stau, ich wurde irgendwie müde beim Einüben, und es wollte einfach kein richtiger Spaß aufkommen. Ich mußte unterbrechen und mich mit was anderem ablenken, um meine Spontaneität wiederzukriegen. Statt dessen handelte ich mir irgendwie eine psychische Sperre ein. Ich stand

schließlich unter Termindruck und mußte mich wieder ans Einüben zwingen. Ich bildete mir plötzlich ein, daß ich die entscheidenden Sätze, wo es mir ehrlich leidtut, wenn ich dem Kollegen Schmerz zugefügt habe usw., nicht richtig überbringen könnte. Ich hatte die fixe Idee, daß ich es nicht schaffen würde, und daß ich plötzlich zwangsneurotisch in die Kamera schreien würde: Ach schießt doch der Hund ins Feuerzeug, ach leckt mich doch alle am Arsch mit eurem Geständnis! (Sehen Sie: darauf waren Sie nicht gefaßt, was?)

Sie können sich denken, daß ich noch nie in so einer Lage war, und ich konnte das auch niemandem gestehen. In meinem Kopf machte sich eine Art Chaos breit, und es setzten sich dazwischen alte Melodien aus der achtundsechziger Zeit fest, auch aus der Dreigroschenoper, glaube ich. Plötzlich kam auch ein Textstück wieder hoch: "Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?" Ich hatte Angst durchzudrehen, das kann ich Ihnen garantieren. Ich sagte keinem was von meinen Problemen, auch meiner Frau nicht. Ich sagte bloß, daß ich viel Stress hätte und alleine schlafen müßte.

Das war heute nacht, und es wurde immer schlimmer. Zwischen die alten Melodien und den blöden Spruch kriegte ich nämlich noch eine Zahlenneurose: Ich mußte immer 57000 wiederholen. Ich hatte wirklich Angstschweiß und versuchte mich mit aller Gewalt zusammenzurappeln: Wie kommst du ausgerechnet auf 57000? fragte ich mich. Zwischen zwei und drei heute nacht hielt ich mich langsam für psychisch krank, als gottseidank endlich eine Wende kam, die mich in höchster Not psychisch gerettet hat. (Sie merken ja, daß ich jetzt zwar müde bin, aber psychisch ganz okay drauf. Ich erkläre Ihnen das jetzt alles.)

Trotz meiner Müdigkeit war der Moment heute nacht wie ein Filmwechsel in meinem Kopf. Zuerst fiel mir die Sache mit 57000 ein. Wir sind von der NATO aus 57000 Bombeneinsätze gegen Jugoslawien geflogen. Ich glaube 57000, ich habe mir das damals nicht genau gemerkt. Ich würde heute sagen, daß ich es einfach nicht so genau wissen wollte. Heute nacht wurde mir schlagartig der Zusammenhang sonnenklar: Was ist ein blauer Fleck gegen 57000 Bombeneinsätze? Wir haben



dabei angeblich ungefähr 1000 Zivilisten getötet, darunter leider auch viele Kosovaren, die wir eigentlich retten wollten, und vielleicht zehnmal soviel Soldaten, immerhin alles Serben. Ich habe das alles damals nicht genau wissen wollen und mich an Milosevic geklammert. Ich habe immer wiederholt: Milosevic hat im Kosovo ein Massaker gemacht, in Retschak. Wir mußten handeln und konnten nicht weiter zukucken, sonst hätte er noch mehr Massaker gemacht. Nach ein paar Wochen, als wir vielleicht 25000 Einsätze, oder schon 30000, was weiß ich, geflo-

gen waren, kam R.S. triumphierend an und schrie: Ich habe Beweise! Milosevic macht jetzt ganz viele Massaker! Ich war damals erleichtert und ich hatte mein sehr erfolgreiches Statement mit Auschwitz. Heute nacht ist dann folgendes passiert: mir sind meine ganzen Verdrängungen und Demagogien zusammengebrochen. (Sehen sie, darauf waren Sie nicht gefaßt, was?) Ich muß dafür aber dankbar sein, weil ich sonst sicher psychisch krank geworden wäre. Heute nacht ist mir das mit den vielen Tausend Kindern in den Kellern klargeworden, was unsere 57000 Einsätze alleine denen psychisch angetan haben, denken Sie an Kempowski. Mir ist das heute nacht klar geworden, als ich mich psychisch so elend gefühlt habe. Ich habe versucht, mir einigermaßen konkret vorzustellen, was ein einziger unserer Bombeneinsätze bedeutet. Angenommen, ein Tornado würde uns alle hier im Moment treffen. Was mit den Körpern hier, also auch Ihren, konkret passieren würde. Ein Einsatz, und zwei, und drei, und so weiter, und 57000, in Worten siebenundfünfzigtausend, und alle auf ziemlich wenige Ziele und deren Umgebung. Wir hatten nach zwei Mo-

57000 wirklich peanuts, wie ein Kollege gesagt hat. Ich mußte mir heute nacht eingestehen, daß wir also selber auch Massaker gemacht haben, z.B. Züge getroffen, ich meine, daß das auch Massaker waren, was Ihnen vielleicht auch allen bisher gar nicht klar gewesen ist, daß man das auch einfach wohl oder übel Massaker nennen muß, daß Sie als Medienleute das eigentlich auch Massaker nennen müßten. Was passiert konkret mit den von unseren Stahlsplintern getroffenen Körpern? Wie haben die nach unseren Treffern ausgesehen? Ich kann nicht in die Details gehen wie R.S.. Ich habe mich heute nacht ekeln müssen vor R.S., wie er damals vor Ihren Kameras gesagt hat: "Da gehören echt stahlharte Nerven dazu, diese Bilder anzukucken!" Warum habe ich ihm damals nicht gesagt: Und was ist mit unseren 57000 Bombeneinsätzen? Wir haben also Massaker mit Massakern bekämpft. Mir ist heute nacht klargeworden, daß ich von Glück sagen kann, daß die Mehrheitsverhältnisse in der UNO gottseidank jetzt so sind, wie sie seit dem Zusammenbruch des Ostblocks nun mal sind, das heißt, daß wir alles durchkriegen und

Das schlimmste ist gewesen, daß ich heute nacht auch die Chronologie deutlich vor mir gesehen habe: Zuerst haben wir unsere Bombardements angefangen, und erst danach hat es die neuen Massaker im Kosovo gegeben. Wir haben sozusagen die Wölfe regelrecht losgehetzt. Die Kosovaren waren Geiseln, und wir haben einfach wild auf das Haus der Geiseln losgeballert. Wir haben also sowohl eigene Massaker gemacht, als auch uns mitschuldig gemacht an den Massakern serbischer Tschetniks.

Heute nacht ist mir klargeworden, warum ich damals so leichtfertig Retschak mit Auschwitz gleichgesetzt habe: Ich brauchte unbedingt Auschwitz, um etwas gegen die 57000 Einsätze auf die Waagschale werfen zu können, darunter ging es einfach nicht. Sonst hätte ich meine Verdrängungen einfach nicht durchhalten können.

Verstehen Sie jetzt, warum ich mit dem Einüben der Entschuldigungsvorlage nicht klargeworden bin? Können Sie sich halbwegs in meine Haut versetzen? Ich sollte ein brutalstmögliches Geständnis ablegen über die schreckliche Gewalt, die ich damals bei der bewußten Demo geübt habe, damit Sie alle mich weiter loben könnten für meine Rechtfertigung von siebenundfünfzigtausend Bombeneinsätzen und Tausenden von Leichen und Hunderttausenden traumatisierter Kinder.

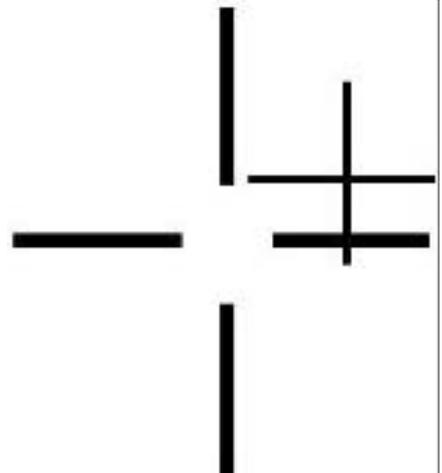
Ich habe heute nacht beschlossen, daß ich gerade Ihnen von den Medien lieber die wirkliche Gewalt gestehe, für die ich verantwortlich bin.

Ich hätte schon damals aus Protest gegen diese Gewalt zurücktreten müssen. Ich tue es wenigstens jetzt. (Damit hätten Sie nicht gerechnet, was? Sei'n Sie ehrlich!)



naten ja keine Ziele mehr, wir waren wirklich knapp an Zielen und mußten immer die gleichen noch einmal bombardieren und haben natürlich auch oft danebengetroffen. Heute nacht ist mir auch wieder hochgekommen, was ich irgendwo gelesen hatte, daß wir schon nach wenigen Wochen viel mehr Bomben geschmissen hatten, als im ganzen Zweiten Weltkrieg zusammen geschmissen worden waren. Jedenfalls die Bomben auf Hanoi damals im Vietnamkrieg, da habe ich ja damals dagegen demonstriert, diese Bomben waren damals gegen unsere

daß keiner uns nach Den Haag kriegen kann. Aber wenn es anders gewesen wäre? Mir ist heute nacht klar geworden, daß ich haarscharf an Den Haag vorbeigeschrammt bin. Wir haben schließlich einen unerklärten Angriffskrieg sogar ohne UNO-Mandat geführt, weil einfach die Zeit fehlte, Jelzin schon damals auf die Schnelle einzukaufen wie dann nachher in Köln. Wir waren wirklich ganz schön frech, viel frecher als zu Spontizeiten, ganz im Ernst. (Damit hätten Sie nicht gerechnet, was? Sei'n Sie ehrlich!)



Ein Institut zur ideologischen Aufrüstung der CDU:

# Die Deutsche Gildenschaft und die Gründung des "Instituts für Staatspolitik"

von Helmut Kellershohn

Sechs Jahre nach dem Umzug der *Jungen Freiheit* (JF) nach Berlin und ihrem Erscheinen als Wochenzeitung ist die Gründung des *Instituts für Staatspolitik* (INSTAPO) der zweite und die der *Edition Antaios* der dritte "Paukenschlag" jungkonservativer Intellektueller aus den Reihen der Deutschen Gildenschaft (DG). Dieter Stein, Chefredakteur der JF, kommt aus der Hochschulgilde Balmung zu Freiburg; zwei von drei Mitgliedern des "Gründerkollegiums" des Instituts sind ebenfalls Gildenschafter. Der Spiritus Rector des Instituts, JF-Autor und Historiker Karlheinz Weißmann, entstammt der Göttinger Gilde; die Alltagsgeschäfte des Instituts führt Götz Kubitschek, langjähriger Aktivensprecher der DG und zeitweilig für das Ressort "Sicherheit und Militär" in der JF verantwortlich. Er ist auch die treibende Kraft in der Edition Antaios.

Mit diesen drei "Institutionen" ist ein Netzwerk von Akteuren entstanden, die arbeitsteilig miteinander kooperieren. Die JF konzentriert sich auf die Medienöffentlichkeit; das INSTAPO widmet sich Wissenschaft und Bildung sowie der Politik- und Medienberatung; die Edition übernimmt die Publikation von Arbeitsergebnissen, die im Kontext dieses Netzwerks entstehen und insbesondere aus der Arbeit des Instituts resultieren.

## Gildenschaftliche Traditionen

Die Deutsche Gildenschaft, der die oben genannten Personen entstammen, ist mittlerweile rund 80 Jahre alt. Damit ist diese "bündische Korporation" eine Organisation, die wie nur wenige andere die Kontinuität der Konservativen Revolution unter wechselnden gesellschaftlichen Bedingungen verkörpert. Die DG löste sich zwar 1935 auf, wurde aber 1958 neu gegründet.

Für das Verständnis der Traditionen,

aus denen sich das INSTAPO speist, ist der Anspruch der DG von zentraler Bedeutung, „der Volks- und Staatsgemeinschaft volkspolitisch vorgebildete, zum Einsatz in Staat, Politik, Wirtschaft und Kultur befähigte und bereite Hochschulabsolventen als künftige Führungskräfte zur Verfügung zu stellen“ (H. Böhrsch). Welche Führungsaufgaben Gildenschafter z.B. im Nationalsozialismus übernommen haben (trotz oder gerade wegen ihrer vorwiegend konservativ-revolutionären Einstellung), soll im folgenden an einigen Beispielen aufgezeigt werden. Im wesentlichen berührten diese Aufgaben vier gesellschaftliche Bereiche. In der Nachkriegszeit wurde die Arbeit in diesen Bereichen, selbstverständlich modifiziert, weitergeführt, so daß sich z.T. klare personelle und ideelle Kontinuitäten erkennen lassen. Politisch plazierte sich die Gildenschaft im Übergangsfeld zwischen Konservatismus und Neofaschismus und besetzte sowohl Positionen z.B. innerhalb und im Umkreis der NPD als auch Positionen in den Unionsparteien.

Am bekanntesten ist die Gruppe der "**Volkstumsforscher**" (Historiker, Soziologen, Volkswirtschaftler, Juristen) aus dem Umkreis der Gilden Skuld (Königsberg), Greif München, Greif Wien: Theodor Schieder, Werner Conze, Giselher Wirsing, Theodor Oberländer, Karl Heinz Pfeffer, Norbert Gürke, Ernst Anrich (Ernst Wurche), um hier nur die Prominentesten zu nennen. Sie alle arbeiteten besonders im Rahmen der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften an revisionistischen Konzepten für die Neuordnung Europas oder befassten sich, wie Günther Franz, mit Gegnerforschung im Reichssicherheitshauptamt. Nach dem Krieg war es vor allem der zum Bundesvertriebenenminister avancierte Theodor Oberländer, der mit Gildenbrüdern die Neuorganisation der Ostforschung betrieb. Anklänge

an diese Tradition völkischer Wissenschaft finden sich bei Weißmann z.B. in seinem Beitrag zur Leitkultur-Debatte („Volkheit“) in der JF (46/00). Ein **zweiter Kreis** von Gildenschaftern arbeitete im Bereich der *Rassenpolitik* und *-hygiene*, besonders an der Universität Jena, wo Karl Astel als Rektor und SS-Standartenführer eine SS-Musteruni aufbauen wollte. Hier wirkten auch Lothar Stengel-v.Rutkowski (nach dem Krieg Mitbegründer der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft) und Gerhard Heberer. Der Rassenhygieniker Karl Thums arbeitete an der Reichsuniversität Prag und wurde nach dem Krieg Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der neorassistischen Zeitschrift *Neue Anthropologie*. Von hier führen direkte Bezüge zum berüchtigten *Heidelberger Manifest*, das in seiner Erstfassung von Oberländer und Helmut Schröcke unterzeichnet wurde.

Ein **dritter Kreis** baute bereits in der Weimarer Republik in Thüringen einen deutschchristlichen Pfarrerkreis auf, der dann den Grundstock bildete für die wichtigste deutschchristliche Organisation im Dritten Reich: die "Kirchenbewegung Deutsche Christen" (auch: Thüringer DC). Ihre Vordenker und Führer waren Siegfried Leffler und Julius Leutheuser, die als Ziel eine nationalsozialistisch orientierte Deutsche Nationalkirche anstrebten.

Einen **vierten Kreis** bildete in den sudetendeutschen Gebieten der von Othmar Spann inspirierte *Kameradschaftsbund*, der eine Zeit lang Führungspositionen in der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins besetzte. Zu nennen sind hier besonders Walter Heinrich, Walter Brand und Walter Becher (der spätere Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft/SL). Nach dem Krieg traf man sich mit den Leuten des explizit nationalsozialistischen „Aufbruch-Kreises“ bei der Gründung des Witiko-Bundes, dem har-

ten Kern der SL, um während des Kalten Krieges mit revanchistischen Parolen und Konzepten lange Zeit die Ostpolitik der SL und der Bundesrepublik zu beeinflussen.

Obwohl sich die Gildenschaft heute offiziell zur demokratischen Verfassung bekennt, leisten *Mitglieder* der DG, wie z.B. Karlheinz Weißmann, weiterhin signifikante ideologische und personelle Vermittlerdienste im Übergangsfeld zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Das INSTAPO ordnet sich zweifellos in dieses Feld ein, allerdings mit einer speziellen strategischen Ausrichtung, auf die im Folgenden einzugehen ist.

### Aufgaben und Struktur des Instituts

Im Vorfeld der Institutsgründung wurde in der JF und im *Ostpreußenblatt* eine PR-Kampagne gestartet, die mit der Formel vom "Reemtsma-Institut von rechts" für die nötige Aufmerksamkeit sorgen sollte. Unabhängig vom Aspekt des Sponsorings verweist der "Reemtsma"-Slogan auf die dem Institut zugeordnete Funktion, nämlich "eine Plattform für unabhängige Forschung und Bildungstätigkeit" (JF 7/00) zu bieten und "Forschung, Information und Orientierung" (Weißmann) in institutionalisierter Form miteinander zu verknüpfen, um die Öffentlichkeit zu beeinflussen. Das Konzept kann in etwa wie folgt beschrieben werden.

- *Forschungs- und Publikationstätigkeit*

Laut Präsentation im Internet ([www.staatspolitik.de](http://www.staatspolitik.de)) will das Institut fünf Arbeitsfelder abdecken, die für die Erringung der kulturellen Hegemonie von Relevanz sein könnten: An erster Stelle steht die Auseinandersetzung mit der künftigen "Rolle des Staates im 21. Jahrhundert". Gegen den inneren Feind, "die politische Linke", richtet sich ein zweiter, gegen die Bedrohung der völkischen Substanz durch "Zuwanderung und Integration" ein dritter Arbeitsbereich. Den internationalen Beziehungen widmet sich das Institut unter dem bezeichnenden Titel "Polemologie (Kriegs- und Konfliktforschung)". An fünfter Stelle folgt das gildenschaftliche Steckenpferd „Erziehung und Bildung“.

Zu diesen Arbeitsfeldern sollen Publikationen und wissenschaftliche Arbeiten finanziell und inhaltlich gefördert und verbreitet werden. Erste Ergebnisse sind im Internet abrufbar. So will die Studie *Zuwanderung nach Deutschland. Chancen, Mythen, Risiken* Argumente bereitstellen, warum das Thema Einwanderung nicht aus den Debatten des nächsten Bundestagswahlkampfes herausgehalten werden darf.

#### • *Bildungstätigkeit*

In der *Salzburger Erklärung* der Deutschen Gildenschaft von 1992 heißt es: "Die Deutsche Gildenschaft (ist eine) akademische Erziehungsgemeinschaft mit nationaler Überzeugung und bündischer Tradition." Von dorthin begründet sich der wichtige Arbeitsbereich "Erziehung und Bildung", der wohl die Aufgabe hat, Konzepte zur "Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses" zu entwickeln.

Diesem Zweck dient auch die Einrichtung von Sommer- und Winterakademien. Die erste Sommerakademie hat im August 2000 stattgefunden. Zum Thema: "Krisen" referierten neben Weißmann die "Zitelmänner" Alexander Schuller und Reinhart Maurer, die sog. 89'er von der JF, Ellen Kositzka und Baal Müller, sowie MUT-Autor Siegfried Uhl und Stefan Madinger. Die Winterakademie wird sich mit einem der Lieblingsthemen der Rechten, dem "Mythos", beschäftigen.

### Reideologisierung des Konservatismus als strategisches Ziel

Wenn Weißmann von "Orientierung" als einer der wesentlichen Aufgaben des INSTAPO spricht, so spielt er auf die strategischen Intentionen der Institutsgründer an, denen die Forschungs-, Publikations- und Bildungstätigkeit untergeordnet ist. Man will eine Debatte über die zentralen Themen der heutigen intellektuellen Rechten initiieren. Bei einer Diskussionsveranstaltung im September 2000 mit Repräsentanten des neoliberalen Flügels der intellektuellen Rechten (Roland Baader, Lothar Höbelt) und einem Globalisierungskritiker wie Alain de Benoist ging es beispielsweise um die Modalitäten heutiger Liberalismuskritik.

Weißmann war sichtlich um Vermittlung bemüht.

Neben der Pflege der Debattenkultur rücken jedoch Äußerungen Weißmanns eine andere Perspektive stärker in den Mittelpunkt. Sein Credo lautet inzwischen: "Die CDU wird bis auf weiteres die einzige nichtlinke Partei von Bedeutung bleiben" (*Ostpreußenblatt* 5/00). Also eine klare Absage an nationalkonservative oder rechtsliberale Gruppierungen *außerhalb* der Unionsparteien als *primären* Bezugspunkten der Institutsarbeit! Es geht um die Reideologisierung des Konservatismus *innerhalb* der Unionsparteien in einer Zeit, in der zum einen die nationalbewußten Kräfte in der CDU ideologischer Schützenhilfe bedürfen und zum anderen die CDU insgesamt sich in einer Orientierungskrise befindet.

Er plädiert für die Entwicklung von *mehrheitsfähigen* politischen Konzepten, die die nationalkonservativen Kräfte befähigen sollen, in Hinblick auf eine sich krisenhaft verschärfende Situation "die Medienblockade innerhalb kürzester Zeit zu überwinden" und eine "Spontanzündung" im Bewußtsein der Bevölkerung hervorzurufen. Als Modellfall für Weißmanns Metaphysik des Augenblicks gilt die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, die bekanntlich erheblich zum Regierungswechsel in Hessen beigetragen hat.

Vor diesem Hintergrund werden bestimmte Äußerungen Weißmanns in der erwähnten Diskussionsveranstaltung verständlich: er sehe „keine Möglichkeit, dem Vorgang der Globalisierung zu entgehen“ (JF 40/00), nur die Möglichkeit, die „Nation fit zu machen für den Konkurrenzkampf, der da auf uns zukommt“. Er hielt es sogar für eine „durchaus sinnvolle Konzeption“, Europa „mehr oder weniger in einen geschlossenen Handelsstaat zu verwandeln“. Das klingt recht staatstragend und ist offensichtlich berechnet auf die Stoßrichtung der Institutsarbeit, die Unionsparteien ideologisch aufzurüsten. Das INSTAPO hat sich denn auch in der Nähe von Frankfurt/Main angesiedelt. Bekanntlich verfügt die Deutsche Gildenschaft über gute Kontakte in die hessische CDU hinein, die es zu nutzen gilt.

# Jörg Haider als vorgeschickter Kampfhund des Neoliberalismus

Ein Interview mit Klaus Ottomeyer

**Klaus Ottomeyer, Psychotherapeut und Professor für Sozialpsychologie an der Universität Klagenfurt veröffentlichte 2000 das Buch „Die Haider-Show“. (s. DISS-Journal 7/2001), in dem er die Strategien und psychologischen Wirkungsformen, die für den politischen Erfolg Haiders in Österreich grundlegend sind, analysiert hat. Für das DISS-Journal führte Iris Bünger das folgende Interview mit dem Autor.**

*DISS-Journal: Wie wurde Ihr Buch „Die Haider-Show“ in Österreich aufgenommen? Gab es Rückmeldungen aus dem direkten politischen Umfeld Jörg Haiders, ggf. welcher Art?*

*Wie ist die Resonanz im Ausland?*

Klaus Ottomeyer: Es gab eine Menge positiver Rezensionen in Tageszeitungen, Zeitschriften und Fachpublikationen. Auch einige Radio- und TV-Berichte bzw. Interviews hat es gegeben. Kürzlich durfte ich in der ORF-Sendung „Zeit im Bild 3“ unter Hinweis auf das Buch mit dem FPÖ-Chefhistoriker und Parteiideologen Lothar Höbelt über das Thema „FPÖ – quo vadis?“ diskutieren. Ich glaube, ich habe – innerlich natürlich doch etwas aufgeregt - durch gute Vorbereitung und „cooles“ Auflaufenlassen des sich anbietenden Gegners meine Thesen und vor allem den Hinweis auf den körperfaschistischen Gehalt neuerer Haider-Aussagen gut rübergebracht. Der Moderator war auch so gemein, vor den Aufnahmen in Anwesenheit von Herrn Hoebelt das Buch als sehr befreiend zu loben. Es gibt einen von Frederick Baker produzierten BBC-Film „The Haider Show“, der Ende Oktober zweimal ausgesendet wurde und bei dem ich gemeinsam mit Walter Ötsch als Berater mitgewirkt habe. Von Walter Ötsch ist das sehr empfehlenswer-

te Buch „Haider light - 100 Ratschläge für Demagogen“, das im Herbst 2000 erschien. Die deutsche Fassung des Films, die etwas besser ist als die englische, wurde gerade auf dem bekannten Kulturfestival „Diagonale“ in Graz gezeigt.– Das direkte politische Umfeld von Haider hat mein Buch sicher zur Kenntnis genommen. Andreas Mölzer (Haiders unsäglicher Kulturberater) hat mich in einer Kolumne der „Kronen-Zeitung“ als einen gefährlichen „Professor Seltsam“ charakterisiert, der möglicherweise demnächst auch Sach- und Personenschäden durch

Haiders Versuch, durch den Rückzug nach Kärnten weiterhin den antizentralistischen Robin Hood zu spielen, ist etwa ein Jahr lang ganz gut gegangen, fällt ihm aber jetzt voll auf den Kopf. Wenn er jetzt eine „Politik mit Herz“ gegen die Wiener Regierung fordert und zum Beispiel lauthals die Besteuerung der Unfallrenten kritisiert, die er vorher mitbeschlossen hat, glaubt ihm kaum noch jemand dieses Doppelspiel. Die Spielzüge sind mittlerweile bekannt und ausgereizt.

*Wie werden Haider als Person und seine Politik zurzeit, einige Monate nach Beendigung der sog. EU-Sanktionen, in Österreich diskutiert?*

Haider wird immer mehr mit Spott beschrieben. („Robin Haider“ etc.) Das gilt auch für seine Leute, die oftmals als unselbständige Sektenanhänger oder einfach als inkompetent erscheinen. Über den ständigen Austausch von Ministern und Referenten (Landesministern) und Mitarbeitern wird von den Medien eher genüsslich berichtet. So verschwand vor einigen Tagen die extrem hochbezahlte Kärntner Bürochefin des freiheitlichen Gesundheits- und Sozialministers von der Bühne, weil ihr Magistertitel gefälscht war. Am wichtigsten dürfte sein, daß nach Haiders antisemitischen Ausritten mittlerweile auch die mächtige „Kronen-Zeitung“ auf Distanz gegangen ist.

*Im letzten Kapitel Ihres Buches klingt die vorsichtige Hoffnung an, daß der Widerstand gegen*

*Haider wachsen könnte, jedoch wird gleichfalls deutlich, daß die gesellschaftlichen Strukturen, die Haiders Erfolg ermöglichen, weiter fortbestehen. Wie stellen Sie sich eine Politik vor, die diese Strukturen aufbricht und dauerhaft verändert? Wo sehen Sie mögliche Ansatzpunkte? Welche psychologischen Prozesse*



aufgehetzte Demonstranten zu verantworten hat.

*Sehen Sie den Erfolg Haiders durch seinen Rücktritt aus der Regierung eingeschränkt oder wird er hierdurch neue Kraft und Publikumswirksamkeit schöpfen?*

*müßten bei den Menschen stattfinden, damit eine solche Politik greifen kann?*

Die gesellschaftlichen Strukturen, die weiterbestehen und noch wachsen, sind die des Neoliberalismus und eines „survival of the fittest“. Der Club-Obmann der ÖVP, Andreas Khol wird immer mit seiner Äußerung „speed kills“ zitiert, welche sich auf die rasche Verabschiedung von Deregulierungsgesetzen durch die Regierung bezog. Er hat sich dann zwar in Richtung auf „speed wins“ korrigiert, aber es ist relativ klar, was abläuft. Die Gesellschaft polarisiert sich in „Gewinner“ und „Verlierer“, und Haider hat(te) in dieser Dynamik vor allem zwei Funktionen. Er fungierte einmal als eine aggressive Speerspitze oder vorgeschickter Kampfhund bei der Demontage des alten österreichischen Protektionsfeudalismus und der tradierten christlich-sozialen und sozialdemokratischen Ethikbestände, wozu auch die penetrante Anti-Gutmenschen-Rhetorik gehörte. Und zum anderen bot Haider ein reizvolles Gewinner-Modell an, bei dem man sich vor allem dadurch als Gewinner fühlt, daß man zumindest verbal auf vorgezeichnete Schwachen und „Sozialparasiten“ herumtrampeln darf. Das läßt die Looser-Ängste, die wir in der beschleunigten Konkurrenzgesellschaft alle haben müssen, kurzfristig vergessen. Aber die Wiener Wahlen haben gezeigt, daß die Leute sich auch noch andere Lebensentwürfe gegen die „Looser“-Angst vorstellen können.

*Besonders auffällig ist Haiders Prozeßhantelerei, wenn es darum geht, gegen seine Gegner vorzugehen, wie er sie in seiner Anklage gegen den Innsbrucker Politologen und Rechtsextremismusexperten Anton Pelinka im Mai 2000 wieder einmal bewiesen hat. Diese Angriffe auf die Forschungs- und Meinungsfreiheit können nicht toleriert werden, was viele deutsche Wissenschaftler und auch wir damals in einer Unterschriftensammlung zur Unterstützung Pelinkas dokumentiert haben. Welche Strategien können Sie sich vorstellen, die - auch vom Ausland her - Haiders Selbstinszenierung im Alltag und in den Medien entgegengesetzt werden können?*

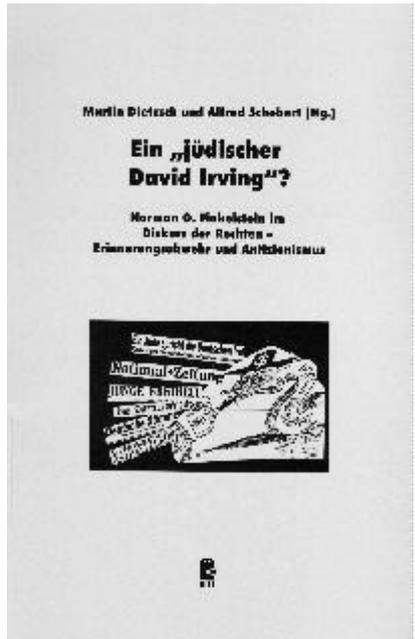
Die Prozeßflut gegen kritische Wissenschaftler und Journalisten ist durch eine Reihe von Solidaritätsaktionen aus dem In- und Ausland einigermaßen gebremst. Mittlerweile hat Jörg Haider den Prozeß gegen Pelinka in zweiter Instanz verloren. Auch durch die zahlreichen Mißtrauensanträge im Parlament gegen den Justizminister, dessen Anwaltskanzlei ja die meisten Klagen gegen FPÖ-Kritiker betrieben hat. Der Weisenbericht hatte in diesem Punkt eine wichtige Wirkung. Wir brauchen weiterhin die kritische Beobachtung durchs Ausland und die immer wiederholte Benennung der demagogischen und autoritären Tricks, mit denen Haider die Menschen beeindruckt.

*Wie beurteilen Sie Haiders Idee eines „Kinderschecks“ als Anreiz an Eltern, durch Geburten dem Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften – und damit auch der Zuwanderung, die aufgrund dieses Sachverhaltes stattfinden könnte – entgegenzuwirken? Welche Resonanz findet dieser Plan in der Bevölkerung?*

Die Leute streichen das – übrigens chaotisch administrierte – Kindergeld in Kärnten eher pragmatisch ein und wissen, daß die großzügigen Versprechungen eines Kinderschecks nicht eingehalten wurden. Auch eine in der „Kleinen Zeitung“ veröffentlichte Internet-Umfrage weist in diese Richtung. Den Zusammenhang der bundesweit geplanten Kindergeldregelung mit der Abwehr ausländischer Jungfamilien, die wir ansonsten für die Sicherung der Pensionen brauchen würden, hat kürzlich auch der Bundeskanzler ganz unverblümt erwähnt.

*Daß Haider sich immer wieder antisemitischer Äußerungen bedient, ist ja bekannt. Haben seine Äußerungen zu Ariel Muzikant einen besonderen Stellenwert? Wie schätzen Sie die Auswirkungen ein?*

Der „rote“ Wahlsieger der letzten Wiener Wahl Häupl hatte sich wie vorher kaum ein sozialdemokratischer Politiker vehement gegen den Haiderschen Antisemitismus und Rassismus gestellt. Offenbar wird eine klare Sprache auch manchmal belohnt.



Martin Dietzsch / Alfred Schobert (Hg.)  
**Ein „jüdischer David Irving“?**  
**Norman G. Finkelstein im Diskurs der Rechten - Erinnerungsabwehr und Antizionismus**  
 110 Seiten, (A4), 28 DM, 2001  
 3-927388-76-9

Horst Mahler (NPD) ruft zur „weltweiten Intifada“ gegen „Agenturen der jüdischen Macht“ auf: „Wir zollen dem jüdischen Gelehrten Norman Finkelstein Respekt dafür, dass er der Welt den Betrug und die Erpressung aufgezeigt hat, mit denen von jüdischen Organisationen aus dem Deutschen Volk durch Einsatz der Auschwitzkeule Milliarden und Abermilliarden herausgepreßt werden.“ Dies ist nur eine Stimme aus dem Chor der extremen Rechten, die bereits ein Jahr vor Erscheinen seines Buches „Die Holocaust-Industrie“ Norman Finkelstein begeistert feierte. Mit diesem Buch erhält eine bei Antisemiten beliebte These akademische Weihen: Holocaust-Überlebende und jüdische Eliten werden verdächtigt, mit der Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden ein großes Geschäft und proisraelische Politik zu machen. Wie schon bei der Walser-Debatte zeigt sich ein Rechtsdruck in die Mitte und ein Rechtsruck der Mitte. Die extreme Rechte feiert Finkelstein als „jüdischen David Irving“. Die Dokumentation von Artikeln aus deutschsprachigen rechten Print-Medien und Homepages ergibt ein themenzentriertes Dossier der rechtsextremen Publizistik. Es zeigt, wie antisemitische Propaganda heute funktioniert.



290 Seiten  
29 DM  
3-927388-73-4  
2000

Adi Grewenig / Margret Jäger (Hg.)  
**Medien in Konflikten**  
**Holocaust, Krieg, Ausgrenzung**

Wehrmachtsausstellung, Walser-Bubis-Debatte, Holocaust-Mahnmal, Sparpaket, NATO-Krieg: Mit diesen Debatten und Kontroversen beschäftigen sich die Beiträge. Dabei zeigt sich, dass die Medien stark regulierend in das diskursive Geschehen eingreifen und damit entscheidende Vorgaben für eine Entwicklung produzieren, die erhebliche undemokratische Potentiale in sich birgt.

Mit Beiträgen von Ute Gerhard, Adi Grewenig, Reyhan Güntürk, Brigitta Huhnke, Margret Jäger, Siegfried Jäger, Ursula Kreft, Jürgen Link, Rolf Parr, Joachim Perels, Alfred Schobert, Ernst Schulte-Holtey, Michael Schwab-Trapp, Hans-Otto Wiebus

Martin Dietzsch / Siegfried Jäger / Alfred Schobert (Hg.)

**Endlich ein normales Volk?**

**Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation**

109 Seiten, A4, 25 DM, 1999  
3-927388-71-8

„Der 11. Oktober 1998 wird in die Geschichte eingehen. Die Rede von Martin Walser war der Beginn der Befreiung Deutschlands“ jubelte der Rechtsterrorist Manfred Roeder. Die Dokumentation zeigt, dass die äußerste Rechte Walsers Rede in der Paulskirche mit großer Begeisterung vereinnahmen konnte, ohne dazu sich oder Walsers Text verbiegen zu müssen. Und sie zeigt, warum das so ist: Walsers Rede ist kein über den gesellschaftlichen Diskurs erhabenes „Dichter“-Werk, sondern Teil eines seit Jahren intensivierenden diskursiven Prozesses, in dem politische Mitte und rechte Peripherie einander zuarbeiten.

# Ohne Verantwortung

Ein Verriß

von Siegfried Jäger

**Joachim Krause (Hg.): Kosovo. Humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa, 227 Seiten, Opladen 2000 (Leske + Budrich), 44 DM**

Eigentlich genügte ein einziger Satz, wollte man den Stellenwert dieses Machwerks auf den Punkt bringen: Eine reine Apologie des NATO-Krieges auf dem Kosovo einschließlich der grundgesetzwidrigen Beteiligung deutscher Streitkräfte. Doch es sollen zumindest einige Zitate angeführt werden, die möglicherweise dazu geeignet sind, den Kritikern am Krieg ein paar Argumentationshilfen zu liefern. Da heißt es etwa:

„Mit ihrem Engagement auf dem Balkan übernahm die Bundesrepublik erstmalig gemeinsam und auf derselben Stufe wie die Amerikaner, Briten, Franzosen und andere Partner militärische und politische Verantwortung im Rahmen eines friedensschaffenden Einsatzes der NATO in Europa. Ihr militärischer Beitrag zur Konfliktlösung und Friedensimplementierung umfasste: ...“ Es folgen sechs Bereiche, in denen die Deutschen hilfreich waren. Kein Wort zu Grundgesetz und Völkerrecht, nicht der geringste Zweifel an der Richtigkeit und Humanität dieses verheerenden Krieges. Kein Wort über etwaige geopolitische Ziele der NATO und Deutschlands, außer der Parole von der „humanitären“ Intervention.

Und weil's uns besonders interessiert, auch noch eine offizielle Einschätzung der Medienberichterstattung zum Krieg:

„Betrachtet man – über den Verlauf des Konflikts besehen – das Meinungsbild der Bevölkerung in den westlichen Staaten, kann man der Medienarbeit der jeweiligen Staaten und Organisationen nur Erfolg zusprechen. Niemals in der jüngeren Geschichte war die Zustimmung zu Konfliktbewältigungsmaßnahmen so groß.“

Doch die Medienarbeit hätte auch noch besser sein können:

„Es fehlten NATO-›Feindsender‹ für den Versuch, eine geschlossene innere Opposition zum Entstehen zu bringen oder zu stärken.“

Beklagt wird zudem, „dass die Verzahnung von ›Operation‹ und ›Informationspolitik‹ nicht eng genug war. Es ist zu prüfen, ob man nicht durch eine ›pro-aktive‹ Abstimmung von geplanten – politischen wie militärischen – Maßnahmen und beabsichtigten Verlautbarungen unterschiedliche Informationsweitergaben hätte vermeiden und wesentlich größere Zeitvorteile und Gestaltungsmöglichkeiten erzielen können.“

Auch die optischen Anreize waren den Militärs offenbar zu flau:

„Auch die – in unserer von der riesigen Medienlandschaft verwöhnten Gesellschaft – so wichtige ›Visualisierung‹ von Informationen ist durchaus noch zu verbessern.“

Zum guten Schluß heißt es:

„Als Fazit gilt: Eine gezieltere, abgestimmtere und pro-aktive Medienpolitik hätte das Vorgehen der westlichen Staatengemeinschaft wesentlich besser als der gewählte Massensatz unterstützt.“

(Alle Zitate aus dem Beitrag von Rieks/Weigold, ebd. S. 13ff. Die beiden Herren arbeiten im Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung Berlin)

Der von Joachim Krause herausgegebene Text ist keineswegs, wie man aufgrund der vorgetragenen Position und des sprachlichen Duktus vermuten könnte, interner Verständigungstext, sondern bewußt an eine (wissenschaftliche) Öffentlichkeit gerichtet. Joachim Krause ist Stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. Dieser Gesellschaft gehören z.B. auch an: Otto Wolff von Amerongen, Eberhard Diepgen, Klaus von Dohnanyi, Hans Dietrich Genscher, Hans-Olaf Henkel, Roman Herzog, Walter Leisler Kiep, Kohl, Scharping, Waigel, Antje Vollmer, Richard von Weizsäcker, Peter Prinz Wittgenstein.

# Zwischen Lackmus-Test und Provokation

## Institutioneller Rassismus – vom Nutzen eines umstrittenen Begriffs

Fortsetzung von Seite 1

Der Begriff des institutionellen Rassismus geht auf die *Black Power* Aktivistin Carmichael und Hamilton (1967) zurück, die davon ausgingen, dass der Rassismus „die Gesellschaft auf der individuellen und der institutionellen Ebene durchzieht, sowohl in versteckter als auch in offener Weise“ (zit. in Cashmore 1996: 170). Das Konzept des institutionellen Rassismus geht also über eine Auffassung von Rassismus als individuellem Vorurteil oder als Handlung Einzelner hinaus und „richtet das Augenmerk auf die strukturellen Mechanismen von Institutionen, die Angehörige ethnischer Minderheiten ungeachtet der Einstellungen Einzelner ausschließen“, wie es 1985 in einer Antwort der britischen *Commission for Racial Equality* auf eine von der Regierung eingesetzte Kommission zur Schulsituation der SchülerInnen ethnischer Minderheiten hieß (zit. in Gillborn 1990: 9). Institutioneller Rassismus wirkt also „durch die normalen Mechanismen des Systems“ (CRE 1985: 2) an den Stellen, wo Regeln, Prozeduren oder Praktiken diskriminierende Auswirkungen für die Mitglieder einer ethnischen Gruppe haben (Gillborn 1990: 9). Die Kommission verweist in diesem Zusammenhang auf die Ähnlichkeit des institutionellen Rassismus mit Aspekten der gesetzlichen Definition von indirekter Diskriminierung, und Gillborn fügt im Hinblick auf Schulen den Begriff des Ethnozentrismus hinzu, der zur Analyse der komplexen Vorgänge in der Schule äußerst nützlich sein könne. Da es in der Wirklichkeit fließende Übergänge zwischen Rassismus und Ethnozentrismus gibt, deutet sich hier bereits an, wie ‚individuelle‘ Einstellungen derer, die in der Institution tätig sind, sich in eben diesem institutionellen Rahmen auch zu Strukturen mit ausschließenden Konsequenzen verfestigen. Wesentliche Aspekte des Begriffs ‚institutioneller Rassismus‘ sind damit benannt: er zielt auf eine Analyse der Vorgänge und Strukturen in In-

stitutionen, die in ihrer Konsequenz rassistische und diskriminierende *Auswirkungen* haben. Dies kann beabsichtigt oder auch *unbeabsichtigt*, d.h. ungeachtet der Einstellungen der Einzelnen geschehen, die in der jeweiligen Institution tätig sind. Hinsichtlich der Institution der Schule wird deutlich, dass dort eine Regelung, die gleichermaßen auf *alle* angewandt wird, nicht automatisch fair oder gerecht ist. Damit wird es möglich, institutionelle Mechanismen in multi-ethnischen Schulen zu untersuchen, in denen die LehrerInnen zwar einerseits mit Vehemenz Vorstellungen eines offenen Rassismus zurückweisen würden, sich aber zugleich möglicherweise in einer Weise verhalten, die diskriminierende Auswirkungen hat (ebd.: 10).

Bei der Beschäftigung mit institutionellem Rassismus geht es also nicht nur um die Frage, *ob* Rassismus vorliegt, sondern darum, *wie* er in einer Institution wirkt. Um eine Institution unter dem Aspekt des institutionellen Rassismus betrachten zu können, ist es erforderlich, die Frage genauer auf den jeweiligen Kontext zu beziehen. Beispielsweise kann institutioneller Rassismus in der Polizei insgesamt auf dem gleichen hegemonialen Diskurs wie institutioneller Rassismus auf einem Amt oder in einer Schule beruhen. Trotzdem werden die Ausdrucksformen und die ‚Umsetzungsformen‘ der Polizeibeamten, der SachbearbeiterInnen und der LehrerInnen sich unterscheiden, und verschiedene Elemente rassistischer Diskurse werden in unterschiedlicher Akzentuierung auftauchen. Ein Polizist, der eine Frau afrikanischer Herkunft bei einer Razzia der Ausländerbehörde misshandelt (und dabei straffrei ausgeht), agiert selbstverständlich enger in der Struktur und den rassistischen Diskursen des Ausländer- oder Asylgesetzes als eine Lehrerin, die mit dem wirklich gut gemeinten Anspruch, alle gleich zu behandeln, Praktiken zeigt, die in ihrer Konsequenz für Schüler-

Innen von Minderheiten diskriminierend sind. Es ist daher m.E. äußerst wichtig, sich zu verdeutlichen, dass der/die Einzelne gerade auch in der Schule auf vielschichtige und oft widersprüchliche Weise in der Institution positioniert ist, und dass wir bei der Diskussion im Bildungsbereich von vornherein berücksichtigen sollten, auf welche Weise wir die Kategorie des institutionellen Rassismus in die Schulen ‚hineinvermitteln‘.

### Schule – Institution zwischen Chancen(un)gleichheit und Wissens-Produktion

Die Institution Schule muss auf mindestens zwei Ebenen befragt werden: erstens als die Institution, die Chancen und Möglichkeiten des späteren (Arbeits-)Lebens zuweist, und zweitens als wichtige Instanz der Hegemonieproduktion.

Auf der strukturellen Ebene zeigen die Schulabschlüsse und die Bildungsbeteiligung von Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft, dass die Bildungssituation der Kinder aus Migrantenfamilien nach zwischenzeitlich positiven Trends seit Mitte der 90er Jahre durch Stagnation gekennzeichnet ist. Noch immer sind Jugendliche nicht-deutscher Herkunft auf den Haupt- und Sonderschulen überrepräsentiert, und der Abstand zwischen den Schulabsolventen deutscher und anderer Herkunft hat sich nicht reduziert (Beauftr. d. Bundesreg. für Ausländerfragen 2000: 14/15).

Die Hegemonieproduktion in der Schule erfolgt auf vielfältige Weise: über Schulbücher, die über ihre statische Darstellung von Kultur(differenz) den ‚Wir und Sie‘-Dualismus erst schaffen (Höhne 2000 & Kunz 2000), über eine pädagogische ‚Alltags-Ideologie‘ wie z.B. das „Es wird in der Schule nicht Türkisch gesprochen“, deren verhängnisvolle Auswirkungen auf *alle* Grundschulkinder m.E. nicht zu unterschätzen sind, aber ebenso auch über das *Nicht*-Vermitteln *antirassistischen* Wissens usw.

Zwei Beispiele britischer Forschungen machen deutlich, welche Möglichkeiten sich ergeben, wenn man den Begriff des institutionellen Rassismus auf den Bereich Schule anwendet. Cecile Wright (1992) greift auf das Konzept implizit zurück und verdeutlicht in ihrer ethnographischen Untersuchung in Grundschulen, dass LehrerInnen auf Kinder verschiedener ethnischer Herkunft unterschiedlich reagieren, also weiße Kinder und Kinder ethnischer Minderheiten Schule unterschiedlich erfahren. Sie stellt damit den von LehrerInnen häufig vertretenen Standpunkt in Frage, alle Kinder in der Schule würden gleich behandelt, und ein ‚farbenblinder‘ Ansatz in der pädagogischen Arbeit sei die fairste Weise, der multikulturellen Situation zu begegnen. Darüber hinaus weist Wright auf Probleme einer nicht ausreichend reflektierten multikulturellen Praxis hin, die Stereotypen eher verfestigt als sie zu überwinden hilft.

David Gillborn (1990) stellt in seiner Untersuchung einer Gesamtschule ebenfalls fest, dass Kinder afrokariibischer Herkunft nicht nur häufiger als ihre weißen MitschülerInnen den Ermahnungen und der Kritik ihrer (weißen) LehrerInnen ausgesetzt waren. Ebenso wie Wright weist er darauf hin, dass afrokariibische Kinder sogar dann diszipliniert wurden, wenn verschiedene SchülerInnen unterschiedlicher Herkunft in einer Situation das gleiche Verhalten gezeigt hatten. Einzelne Lehrer reagierten und agierten dabei in einem weiteren Schul-Kontext, in dem der ‚Mythos‘ zirkulierte, dass SchülerInnen afrokariibischer Herkunft eine größere Herausforderung für die Lehrerautorität darstellten als andere Schülergruppen. Selbst wenn dieser Mythos weitgehend unausgesprochen blieb, zeigten die LehrerInnen eine Tendenz, ihre individuellen Konflikte mit einzelnen Schülern auf diese ethnische Gruppe als ganze zu verallgemeinern. So weisen mehrere britische AutorInnen auf eine Verbindung dieser Mechanismen mit der Beurteilung der Schulleistungen dieser SchülerInnen als auch auf die möglichen Konsequenzen für die Einstellung dieser Kinder und Jugendlichen gegenüber der Institution Schule hin (Wright 1992: 39; Gillborn 1990: 23; Mirza 1992: 51/54). Der größere bildungspolitische Zusammenhang

ergibt sich u.a. daraus, dass der Anteil afrokariibischer SchülerInnen, die der Schule verwiesen werden, sechsmal höher als der Anteil weißer Kinder und Jugendlicher ist (Social Exclusion Unit 1998: 9).

Auch in der Bundesrepublik haben Untersuchungen gezeigt, wie Forschungen, die auf ein Konzept institutionalisierter Diskriminierung zurückgreifen, wichtige Einsichten in die komplexen *Mechanismen* ermöglichen, die beispielsweise bei der Überweisung von Migrantenkindern auf die Sonderschule wirksam werden und sich letztlich in Statistiken niederschlagen, die eine deutliche Überrepräsentanz dieser Kinder in deutschen Sonderschulen zeigen (s. Gomolla 2000 und Gomolla & Radtke 2000), oder auch – gewissermaßen am anderen Ende der Bildungslaufbahn – dazu führen, dass jungen Frauen ausländischer Herkunft der Zugang zu sozialpädagogischen Berufsausbildungen erheblich erschwert wird (s. Boos-Nünning 1999). Diese Arbeiten machen deutlich, dass es um Handlungen bzw. Entscheidungen Einzelner im Geflecht institutioneller und organisationsbezogener Faktoren geht, die zur Benachteiligung führen.

Zum Thema Schule und Bildungswesen heißt es im *Macpherson*-Bericht: „(67) Um die Bedürfnisse einer vielfältigen Gesellschaft besser widerzuspiegeln, sollte eine Änderung der staatlichen Lehrpläne erwogen werden mit dem Ziel, dass kulturelle Vielfalt geachtet und Rassismus verhindert wird. (68) Die örtlichen Schulbehörden und der Schulbeirat sind verpflichtet, in ihren Schulen Strategien zur Verhinderung von und zur Auseinandersetzung mit Rassismus zu entwickeln und umzusetzen. (69) *OfSTED*-Inspektionen sollten eine Untersuchung der Durchführung solcher Maßnahmen mit einschließen.“ (Das *Office for Standards in Education* führt mindestens alle sechs Jahre in jeder Schule eine Inspektion im Hinblick auf die Qualität der Bildung und die Leistungsergebnisse, aber auch bezüglich des finanziellen Managements durch. Ebenso wie das sehr verbindliche staatliche Curriculum ist es höchst umstritten, hat jedoch in Verbindung mit anderen Faktoren Fragen der Lei-

stungsmessung und im Zusammenhang damit auch der ‚Dienstleistung Schule‘ für *alle* SchülerInnen auf die bildungspolitische Tagesordnung Großbritanniens gesetzt.)

Die Praxis der Schulinspektionen ist in Großbritannien sehr umstritten und die Verordnungen zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Curriculum im Bereich *Citizenship* übernahmen den Begriff des Rassismus nicht in der Deutlichkeit, wie er im Anschluss an *Macpherson* formuliert worden war (Gaine 2000: 47). Trotzdem erscheinen mir diese Postulate der Untersuchungskommission im hier skizzierten Kontext des institutionellen Rassismus wesentlich, da sie die Schule nicht vordergründig und gleichzeitig unverbindlich für den Rassismus in der Gesellschaft verantwortlich machen (oder ihn in nebulösen Werte-Debatten auflösen), sondern – im Zusammenhang des Berichts, der eben klare Aussagen zum institutionellen Rassismus enthält – die Schule als *Institution* aufgefordert wird, strukturell, d.h. beispielsweise durch eine Änderung der Lehrinhalte der Tatsache des existierenden Rassismus Rechnung zu tragen. Es wird deutlich gemacht, dass dies in verbindlicher Weise geschehen sollte und nicht ins Belieben der einzelnen Lehrkraft gestellt werden kann.

Die Einführung der Kategorie des Institutionellen Rassismus in den Bereich des Bildungswesens kann also eine produktive Auseinandersetzung mit seinen Praktiken und Strukturen herbeiführen. Sie muss zwar von den Einzelnen in der Institution gemeinsam geleistet werden, doch von den politisch Verantwortlichen müssen dafür Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der Einzelne ist damit weder aus der Verantwortung entlassen, noch wird er/sie alleine für seine/ihre Einstellungen und Praktiken verantwortlich gemacht. Eben darin liegen neue Chancen für tatsächliche Veränderungen.

**Literatur**

Boos-Nünning, U. (1999): Quotierung und Gerechtigkeit. In: Kiesel/ Messerschmidt/ Scherr (Hg.): Die Erfindung der Fremdheit. Frankfurt: Brandes & Apsel, S. 101–121.

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2000): Daten und Fakten zur Ausländersituation. Berlin.

Cashmore, E. (1996): Institutional racism. In: ders. (ed.): Dictionary of Race and Ethnic Relations. 4<sup>th</sup> ed., S. 169–172, London: Routledge.

Commission for Racial Equality (1985): Swann: A Response from the Commission of Racial Equality. London.

Gaine, C. (2000) Erziehung und ‚race‘: zum gesellschaftlichen Klima 1950–2000. In: Quehl (Hg.): Schule ist keine Insel – Britische Perspektiven anti-rassistischer Pädagogik. S. 14-48, Münster: Waxmann.

Gillborn, D. (1990): ‚Race‘, Ethnicity and Education: teaching and learning in multi-ethnic schools. London: Unwin Hyman/Routledge.

Gomolla, M. (2000): Ethnisch-kulturelle Zuschreibungen und Mechanismen institutionalisierter Diskriminierung in der Schule. In: Attia/ Marburger (Hg.): Alltag und Lebenswelten von Migrantenjugendlichen. Frankfurt: IKO, S. 49–70.

Gomolla, M. & Radtke, F. (2000): Mechanismen institutionalisierter Diskriminierung in der Schule. In: Gogolin/Nauck: Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Opladen: Leske+Budrich, S.321–341.

Höhne, T. (2000): Diskurswissen und Subjekt-konstitution – Zur Bedeutung soziokulturellen Wissens als Gegenstand der Diskursanalyse am Beispiel des Schulbuchs. In: Jäger/Schobert (Hg.): Weiter auf unsicherem Grund. Duisburg: DISS, S.205–228.

Home Office (1999): The Stephen Lawrence Inquiry: Report Of An Inquiry By Sir William Macpherson Of Cluny. <http://www.official-documents.co.uk/document/cm42/4262/4262.htm>

Kunz, T. (2000): Zwischen den Stühlen – Zur Karriere einer Metapher. In: Jäger/Schobert (Hg.), S. 229–252.

Mirza, H. S. (1992): Young, Female and Black. London: Routledge.

Sivanandan, A. (2000): Reclaiming the struggle – one year on. In: *Multicultural Teaching* 18 (2), S. 6–8+20.

Social Exclusion Unit (1998): Truancy and School Exclusion. London: The Stationary Office.

Wright, C. (1992) ‚Early Education: Multiracial primary school class rooms‘. In: Gill/Mayor/Blair (eds.): Racism and Education, London: S. 5-41. Dt. in Quehl (Hg.) s.o.

 Bücher



**Wulf D. Hund (Hg.)  
Zigeunerbilder**  
Schnittmuster rassistischer Ideologie  
2000, 138 Seiten, 18 DM,  
ISBN 3-927388-74-2  
Am Zigeunerstereotyp ist über Jahrhunderte gearbeitet worden. Seine zentralen Elemente werden bis heute fortgeschrieben. In der Sprache des alltäglichen Rassismus lassen sie sich mit drei Adjektiven bündeln: Zigeuner sind fremd, faul und frei. Diese Vorurteile transportieren einen komplexen ideologischen Zusammenhang. Er unterstellt der Figur des Zigeuners ethnische, soziale und romantische Eigenschaften.



**Wulf D. Hund (Hg.)  
Zigeuner**  
Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion  
1996, 152 Seiten, 18 DM,  
ISBN 3-927388-53-X



S. Jäger/D. Kretschmer/G. Cleve/  
B. Griese/M. Jäger/H. Kellershohn  
C. Krüger/F. Wichert  
**Der Spuk ist nicht vorbei**  
Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart  
1998, 278 S., 29 DM  
ISBN 3-927388-63-7  
Markante Positionen in Wissenschaft, Politik, Medien und Alltag lassen deutlich werden, wie die „Mitte“ mit völkischen Elementen aufgeladen ist und wird.



A. Buntenbach/H. Kellershohn/  
D. Kretschmer (Hg.)  
**Ruckwärts in die Zukunft  
Zur Ideologie des  
Neokonservatismus**  
1998, 301 S., 28 DM  
ISBN 3-927388-64-5  
Im vorliegenden Band analysieren die Autorinnen zentrale Aspekte eines neokonservativen Projekts, das auf verschiedene Bereiche von Staat, Kultur und Gesellschaft bereits Einfluß genommen hat.

# „Renitenz wird belohnt“

Wie sich Westpol zum Sprachrohr des institutionellen Rassismus macht

Von Thomas Müller

Wurde in der Vergangenheit öffentlich über eine Verschärfung des Asylregimes nachgedacht, so blieb ein Punkt selbst in hochgradig rassistisch aufgeladenen Beiträgen ausgeklammert: daß Abschiebung zwar längst nicht in allen Fällen, sehr wohl aber in letzter Konsequenz den Tod des Betroffenen zur Folge haben kann, und mehr noch, daß es Fälle geben könne, in denen der Tod nicht erst im Zielland, sondern bereits im Vollzug der Abschiebung eintritt.

Die Ereignisse im Zuge der verschärften Asyl- und Abschiebungspolitik seit 1993 haben diesen Punkt gelegentlich zu öffentlichem Bewußtsein gebracht. Wenn auch die zahlreichen Selbstmorde aus Angst vor der Abschiebung meist nur in der antirassistischen Presse thematisiert wurden, so sorgte der Tod eines Sudanesisen infolge der gewaltsamen Ruhigstellung durch den Bundesgrenzschutz während der Abschiebung vor zwei Jahren für breitere Empörung. Ähnliche Fälle aus den Niederlanden und anderen EU-Ländern machten deutlich, was die gewaltsame Durchsetzung einer Abschiebung in letzter Konsequenz sein kann, nämlich eine Art institutionalisierter rassistischer Mord.

Selbst Otto Schily, der den rassistischen Diskurs mit seinen populistischen Aussagen über die angebliche Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderer eifrig bediente, zog eine Konsequenz: In einem Brief an die Innenminister der Länder wies er darauf hin, daß „Rückführungen“ von den Beamten des Bundesgrenzschutzes „im Einzelfall abgelehnt werden“ könnten, wenn der Betroffene sich in einer Weise zur Wehr setze, die die körperliche Unversehrtheit der Beamten gefährde. Auch NRW-Innenminister Fritz Behrens äußerte sich gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk in diesem Sinne: „Diejenigen, die da

nicht abgeschoben werden können, müssen hier bleiben. Aber das ist in diesen wenigen Einzelfällen auch hinzunehmen. Das muß man aushalten, um die Gefährdung der Beamtinnen und Beamten in Grenzen zu halten.“ Zwar blieben Schily und Behrens in ihrer ausschließlichen Fürsorge für die Gesundheit der Beamten ganz der Logik eines institutionellen Rassismus verhaftet, doch zeigte das Entgegenkommen gegenüber dem BGS indirekt auch für die betroffenen Flüchtlinge Wirkung. Inwiefern, das erläuterten die Fernsehjournalisten Werner Czaschke und Clemens Schmidt in ihrem Beitrag zur WRD-Sendung Westpol vom 1. April - einem Beitrag, der sich die Sichtweise eines administrativ institutionalisierten Rassismus in viel schärferer Weise zu eigen macht als die beiden Innenminister.

Der Tod bei der Abschiebung wird mit einer geradezu zynischen Sachlichkeit als Auslöser ganz anderer Probleme verhandelt. So gehe es dem Westpol-Bericht zufolge „auf deutschen Flughäfen“ infolge der Schily-Anweisung seit kurzem „ganz anders zu“, nämlich in gewisser Hinsicht schlimmer als zuvor: „Todesfälle gibt es bei Abschiebungen seither zwar nicht mehr. Doch dafür existiert nun ein neues Problem. Renitente Ausländer drohen, ihre Begleiter vom Bundesgrenzschutz zu verletzen. Und die wiederum weigern sich, ohne entsprechende Absicherung ihre Gesundheit zu riskieren. Folge: Die Abschiebung scheitert.“ Ohne weiteres wird eine gescheiterte Abschiebung hier als gleichrangiges Problem neben den Tod „im Fesselgriff der Grenzschützer“ (Czaschke/Schmidt) gestellt, und die Instrumente der Fesselung geraten schlicht zur fehlenden „Absicherung“ verbeamter Gesundheit.

„Renitenz wird belohnt“, zitiert Westpol die „Klage“ eines kommunalen

Ausländeramtes, und fügt erläuternd hinzu, was mit Flüchtlingen, die sich erfolgreich ihrer Abschiebung widersetzt haben, geschieht: „Der Ausländer wandert zurück in Abschiebehaft. ... Spätestens nach drei Jahren muß der Ausländer in die Freiheit entlassen werden. Allein in Duisburg weiß man von drei solchen Fällen seit Jahresbeginn. ... Doch bei bloßen Einzelfällen bleibt es nicht. Die Methode spricht sich herum: Widerstand gegen die Beamten lohnt sich.“ In diese Umdeutung der psychischen und physischen Verzweiflung eines Abzuschiebenden in eine besonders dreiste Methode des 'Asylbetrugs' sind zwei O-Töne des Duisburger Rechtsdezernenten Jürgen Brandt eingeblenet. Zunächst bedauert er: „Das demotiviert und macht die Arbeit schwieriger. Das zweite ist: Es kommen einfach Kosten - ich darf das mal so plump sagen - auf die Stadt zu. Denn das Land zahlt für diejenigen, die abgeschoben werden sollen, nach einer Weile nichts mehr. Diese Kosten gehen voll zulasten der Städte.“ In der zweiten Einblendung zieht Brandt die Konsequenz: „Ich fürchte, wenn die Fälle sich häufen, wird der Staat nur auf zwei Wegen reagieren können. Entweder er verschärft seinerseits das Klima und die Bereitschaft zuzupacken. Oder er läßt es durchgehen“ - was, so der Tenor des Westpol-Beitrags, ja geradezu eine Aufforderung zur Gewalt gegen Grenzschützer wäre.

Im Zentrum des Westpol-Beitrags steht damit die Forderung nach einer Rückkehr zu genau jener Abschiebepaxis, die im Einzelfall eben nicht zur Freiheit, sondern zum Tod des Abzuschiebenden führte. „Für mich stellt sich die Frage nicht, auf Anwendung von Gewalt zu verzichten, wenn es nötig ist,“ bekräftigt denn auch der Leiter der Abschiebehaftanstalt Büren in einem weiteren O-Ton. „Das sehen aber auch meine

Mitarbeiter so. Meine Fürsorgepflicht muß darin zum Ausdruck kommen, daß ich meine Mitarbeiter auf diese Situation schule, weiterbilde, daß ich ihnen genügend geeignete Kleidungsstücke zur Verfügung stelle und Schutzschilde und solche Maßnahmen treffe. Aber wir können nicht davon absehen, Gewalt anzuwenden, wo es als letztes Mittel nötig ist.“

Die Art und Weise, wie die Forderung nach mehr Brutalität bei der Abschiebung erhoben wird, erinnert an die Konstellation der „Asyldebatte“ der frühen neunziger Jahre. Damals wie heute werden die Kommunen als diejenigen vorgestellt, die die Last einer verfehlten, nämlich zu liberalen Linie der Landes- und Bundespolitik tragen müssen. Wir haben es mit einer populistischen Solidarisierung des Mediums mit den vermeint-

lich Schwächsten, nämlich den ausgerechnet in Gestalt ihrer Rechtsdezernenten und Ausländerämter präsentierten Kommunen, zu tun. Zugleich findet eine Verkehrung von Opfern und Tätern statt: Das reale Opfer, nämlich der zu Beginn des Beitrags noch erwähnte Sudanese, wird zunächst vom Täterbild des „renitenten Ausländers“ überlagert und schließlich durch „die Städte“ als vermeintlichem Opfer ersetzt. Ein für die Sozialverwaltung real kaum ins Gewicht fallender Aspekt - drei nicht abgeschobene Flüchtlinge in einer Stadt wie Duisburg - wird zu einem massiven Problemdruck aufgebaut, der ein schnelles und vor allem rücksichtslos gewaltsames Vorgehen der Innenminister des Landes und des Bundes erfordere, ein Vorgehen noch zudem, das nur in einem „verschärften Klima“ funktionieren könne. Entsprechend endet der Beitrag mit ei-

ner aus der scheinbaren Perspektive „von unten“ vorgetragene Polemik gegen Schily: „Bis dahin“, nämlich bis zu einer Entscheidung der Innenministerkonferenz, „müssen die Städte weiter schlucken, daß Abschiebungen immer wieder abgebrochen werden, weil Otto Schily alles zugleich schützen will: die Ausländer, die Grenzschützer, nur die Interessen der Städte nicht.“

Von den Folgen einer Verschärfung der Abschiebepaxis abgesehen, eignet sich diese Konstellation gerade wegen ihrer in Kenntnis der möglicherweise tödlichen Konsequenz vorgetragene Forderung nach Gewalt auch als Applikationsvorgabe nichtstaatlicher Ausländerfeinde, während sie der kommunalen Politik indirekt eine Verschärfung des Klimas nahelegt.

## “Ungleiche Sachverhalte dürfen ungleich behandelt werden!“

(Grundsatz des öffentlichen Rechts)

*Ein assoziativer Kommentar von Sigrid Töpfer*

Wer das aktuelle „herrschende“ Rechtsbewusstsein erfassen will, dem ist ein Blick in die gültige Verfassung hilfreich: Unter den Menschen- und Bürgerrechten werden dort Rechte aufgeführt, die für alle Menschen gelten, neben solchen, die nur für Deutsche gelten. Die Wahrung der Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheitssatz, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit, Schutz von Ehe und Familie, Eigentum – diese Rechte gelten für alle. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit, Berufsfreiheit, diese Rechte gelten dagegen nicht für Nicht-Deutsche.

Beim Ausländergesetz 1965 und seiner Neuformulierung 1990 handelt es sich strukturell, sprachlich und materiell-rechtlich im Wesentlichen um die Fortschreibung der Ausländerpolizeiverordnung von 1935.

Von vornherein haben nicht-deutsche Menschen weniger Rechte als deutsche Bürger. Für sie gibt es Sonderzuständigkeiten, deren Rechte sich nach Verwertbarkeit richten.

Das Jahr 1982 brachte unter der ersten Kohlregierung (Stichwort: geistig - moralische Wende) die seit der Verfassungsgebung im Grundgesetz ersten Sondergesetze für Flüchtlinge. Erstmals wurde im Gesetzeswerk zwischen Arbeitsmigranten und Flüchtlingen unterschieden. Konkret ging es um Rechtswegverkürzung, drastische Verkürzung der Fristen für die dann verbleibende eine Instanz, Lagerunterbringung, Naturalleistungen, Residenzpflicht im Kreis des Lagers bei Strafandrohung = Aufhebung der Freizügigkeit, Eingriffsmöglichkeiten für Identifizierung, Durchsuchung der persönlichen Habe, Abnahme von persönlichen Geldern zur Sicherung einer Abschiebung, die

möglicherweise Jahre später stattfinden könnte.

Für das Verständnis dessen, was heute offiziell gedacht und gerechtfertigt wird - und zwar in einem überwiegenden Mehrheitsspektrum von Bevölkerung, bis weit hinein in Kreise von SPD, Gewerkschaften, Grüne, Kirchen, in Gesetzgebung und Justiz, erklärt dieser Blick auf die „Rechts“ Grundlagen bereits einiges.

Nach 1982 gab es zahlreiche Veränderungen, Verschlechterungen und weiter einschränkende Ergänzungen dieser Sondergesetze, insbesondere im Sozialbereich: Besonders bekannt das Asylbewerberleistungsgesetz, durch das die Versorgung des Flüchtlings auf das reine physische Überleben reduziert wird, die in aller Regel weitgehend bargeldlos sichergestellt werden soll.

So entschied bereits 1985 das Verwaltungsgericht Hamburg im Falle eines Afrikaners, der seine Zähne verloren hatte und deshalb ärztlich attestiert nur Suppe und keine festen Speisen mehr zu sich nehmen konnte: eine Sanierung seines Gebisses werde vom Staat nicht bezahlt, da er ja bereits in Afrika seine Zähne verloren habe. Solange sein Bleibe-recht nicht entschieden sei, trete der Staat hier für die Kosten nicht ein. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden auch keine Operationen bezahlt, die darauf aus sind, den Patienten zu heilen. Solange der Aufenthalt nicht geklärt ist, gilt dies auch bei eingetretener gesundheitlicher Verschlechterung des Patienten. Nur dann wenn irreparable schwere Schäden und extremer Schmerz entständen, wird hiervon eine Ausnahme gemacht. In der Praxis bedeutet dies, daß solche Operationen mit Ärzten und Energie durchgesetzt werden müssen und nie von sich aus gewährt werden. Ich habe in einigen Fällen die Erfahrung machen müssen, daß oft genug das Gericht gegen die Sozialämter bemüht werden muß, auch wenn es sich z.B. um glaubhafte Folterschäden handelt. Die mehrfache Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge wurde u.a. damit begründet, daß sie eh kein deutsch könnten und daher der Betrag für kulturelle Betätigung wegfallen könne.

Folgende Ungleichbehandlungen begegnen mir in meiner beruflichen Praxis häufig und verweisen auf einen solchen Praxen innewohnenden institutionellen Rassismus:

- In Behörden werden Nichtdeutsche, vor allem wenn sie aus Ländern der sogenannten dritten Welt kommen, dadurch herabgesetzt, daß sie geduzt werden. Das betrifft auch Dolmetscher beim Bundesamt, die über Hochschulabschlüsse verfügen. Ganz besonders häufig trifft dies bei nicht-bürgerlichen Menschen aus der Türkei und bei nahezu allen Afrikanern zu – interessanterweise nicht z.B. bei Iranern. Hier wird eine Selektion nach Herkunft und vermeintlicher Klasse vorgenommen, die sich als Fortführung älterer kolonial ge-

prägter rassistischer Praxen erweist.

- Einzelne Richter beim Verwaltungsgericht weisen bei einer erstmaligen Ladung die Geladenen darauf hin, daß bei einem Fernbleiben wegen Krankheit der Amtsarzt eingeschaltet wird. Sie tun dies in der Annahme, Ausländer würden unentschuldig Gerichtsterminen fernbleiben oder gar falsche ärztliche Atteste vorlegen. Vergleichbares ist bei deutschen Prozessparteien nicht zu beobachten, auch dann nicht, wenn es dort durchaus Anhaltspunkte für ein nicht korrektes Verhalten gibt.
- Bis in die höheren Instanzen wird in der Justiz häufig die Auffassung gegenüber Ausländern artikuliert, nach der diese alle lügen, da es für Moslems eine Ehre sei, Christen zu belügen. Solche Unterstellungen beeinflussen natürlich die Beweisaufnahmen mit ausländischen Zeugen in Strafprozessen oder auch in Zivilprozessen und führen dazu, daß z.B. bei einer türkisch-türkischen Unfallbeteiligung oftmals Lügen von allen Seiten vermutet werden.
- Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, die sich mit der Glaubhaftigkeit oder Asylrelevanz von körperlicher Züchtigung oder Folterungen beschäftigen, enthalten bisweilen die Sequenz, Gewalt gehöre zur türkischen Gesellschaft, damit würden die Kinder bereits erzogen, niederschwellige Folter sei daher nicht relevant und müsse als landesüblich hingenommen werden.

Das neue Ausländergesetz von 1990 stellt eine Novellierung dar, in der das Ermessen der Behörde (anders als sonst im öffentlichen Recht) praktisch abgeschafft wurde und nur noch eng umrissene Ausnahmefälle für den Zuzug nach Deutschland zugelassen werden. Außerdem schränkt es für alle Ausländer – also nicht nur für Flüchtlinge – die politische Betätigungsfreiheit ein und schafft z.B. bei Verurteilungstatbeständen gegen Staatsorgane oder Verfassungsgefährdung auch

ohne Strafverfahren selbst bei langjährigem Aufenthalt die Möglichkeit der Ausweisung und Abschiebung! Die Ausweisungstatbestände sind drastisch verschärft.

Wie gering die Sensibilisierung innerhalb der Justiz für derlei Diskriminierungen ist, bekam ein in Norddeutschland tätiger deutscher Anwalt kurdischer Herkunft zu spüren. Er benutzte in einem Strafverfahren im Plädoyer den Begriff „Institutionellen Rassismus“, um die Art und Weise zu charakterisieren, wie Polizei und zuständige Justiz ermittelt hatten. Er musste sich daraufhin einem Verfahren vor dem anwaltlichen Standesgericht stellen. Dieses endete mit einer Warnung in einem formellen Urteil. Folgender Sachverhalt hatte den Mann dazu gebracht, von „Institutionellem Rassismus“ zu sprechen:

Ein Afrikaner ertrank im Hafen während eines Polizeieinsatzes. Ein deutsch-afrikanischer Sozialarbeiter nahm sich dieser Sache an und machte sie öffentlich. Im Zuge wochenlanger Pressearbeit, in der Pastoren, politische Gruppen und eine Abgeordnete sich zu diesem Fall sehr kritisch zu Wort meldeten und der Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung und des Rassismus in der Polizei laut erhoben wurde, wurde der unbestrafte deutsch-afrikanische Sozialarbeiter und Student wegen übler Nachrede angeklagt und zu einer Geldstrafe verurteilt: Bei seiner Strafverteidigung, nachdem die Staatsschutzabteilung (sic!!) der Staatsanwaltschaft eine Strafe über dem Vorstrafenmaß beantragt hatte, fielen die Worte des Anwalts.

Zum Vergleich: Ich habe innerhalb der letzten 20 Jahren diesen Begriff mehr als einmal in Plädoyers und öffentlichen Veranstaltungen unter Behördenbeteiligung verwendet und deshalb noch keine einzige Anfrage bei der Anwaltskammer geerntet. Stattdessen habe ich es ständig mit folgenden Vorkommnissen zu tun:

- Wegen Krankheit oder unmenschlicher Behandlung im Heimatland, die nicht asylrelevant ist, bestehen nach dem Gesetz sogenannte zielstaatsbezogene Abschiebehindernisse. Im Falle

eines herz- und zuckerkranken 55jährigen Afrikaners, der nach Attest eines Hamburger Krankenhauses ohne weitere Behandlung in wenigen Wochen in Afrika sterben würde, lehnte im Jahr 2000 das Verwaltungsgericht Hamburg einen Eilantrag ab. Der Vorsitzende Richter sagte mir am Telefon, angesprochen auf das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit: "Ich weiß gar nicht, was Sie wollen: wäre er in Afrika geblieben, wäre er doch schon tot."

- Die Abschiebep Praxis in den Bundesländern Hamburg und Berlin hat sich seit Sommer 1999 so drastisch verschärft, daß Migranten nachts im Bett zu Zwecken der Abschiebung überfallen wurden, Familien getrennt wurden, attestiert Schwerkranke in Begleitung von Ärzten abgeschoben wurden und werden, damit sie sich unterwegs nicht umbringen. Attestierende Ärzte werden kriminalisiert, die Ausländer-Behörden stellen nunmehr eigene Ärzte an, die die Reisefähigkeit der Abzuschiebenen bestätigen sollen und umgehen damit die Gesundheitsamtsärzte. Anwälte und Betreuer von Behördenbediensteten werden offen angelogen, Akten-einsichtnahme wird verhindert, Dokumente von Personen werden vor ihren Augen zerrissen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß mit Abschiebung – nicht nur von Kranken – immer der Tod dieser Personen in Kauf genommen wird. Doch der Verwaltungspraxis ist dies kein Hindernis mehr. Zu fragen ist: Womit wird eine solche Nichtversorgung, Verhöhnung, Körper-Verletzung, Todeshinnahme gerechtfertigt? Die Antwort lautet: mit angeblichen Gemeinwohlinteressen, mit Finanzinteressen, mit dem Hinweis auf das „anders sein“ dieser Menschen, mit Vorrang des Deutschen. Diesen gesamten Komplex nenne ich institutionellen Rassismus.

In vielen Gesetzen und höchstgerichtlichen Entscheidungen werden existenzielle Lebenssachverhalte in nicht verständlichen Abstrakta geregelt. Dabei geht es um Krankheit, Todesgefahr, Verfolgungsgänge oder

den Wunsch, mit der Familie zusammenzuleben. Viele Formalia (etwa Fristversäumung, Anwaltsverschulden etc.) werden dazu benutzt, um Menschenrechte zurückzuweisen. Die Begründungen erscheinen glaubhaft, ihre Herleitungen zulässig. Hier besteht ein wichtiger Zusammenhang zwischen gesellschaftlich normierten Rechtfertigungskategorien und der Methodik der Justiz.

Zu fragen ist doch, was muß in der Gesellschaft mobilisiert werden, damit solche Zustände, bei denen in letzter Konsequenz Tötungen in Kauf genommen werden, durchgesetzt werden können?

Für eine solche Bereitschaft ist ein affektuellem Denkprozeß der Mehrheitsbevölkerung erforderlich. Es muß eine Bedrohungssituation der Gesellschaft beschworen werden, in der eine Tötungsbereitschaft aktualisiert wird. Trifft dies auf die BRD seit 1982 zu, in der Ausländerfeindlichkeit oder Ausgrenzung von Menschen mittlerweile zum Alltag gehört?

Für mich zeigt sich, daß die Kategorien des Fremden, des Anderen, des Ungleichen nicht nur postfaschistisch von Belang, sondern höchst aktuell sind.

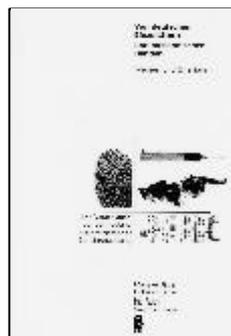
*Sigrid Töpfer, 46, ist Rechtsanwältin in Hamburg, seit 20 Jahren vornehmlich im Ausländer- und Asylrecht sowie Strafrecht tätig.*

#### Weiterführende Literatur zum Thema

Peter Walter: Institutioneller Rassismus? Tendenzen der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik, in: Umbrüche Nr. 3 Mai / Juni 1992

Etienne Balibar: "Es gibt keinen Staat in Europa", Rassismus und Politik im heutigen Europa, in: Rassismus und Migration in Europa, ARGUMENT-Sonderband, Göttingen 1992

- Schriftenreihe BRD und 3. Welt, Magazin - Verlag, Schefflerstrasse 6, Kiel, Heft 3 1990/91, erschienen Feb. 1991: "Der institutionalisierte Rassismus - Selektionsmechanismen für Flüchtlinge und EmigrantInnen"



1998,  
242 Seiten,  
28 DM

**Margret Jäger / Gabriele Cleve / Ina Ruth / Siegfried Jäger**

**Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden**

Medien und Straftaten  
ISBN 3-927388-65-3

Unterscheiden sich Berichte und Reportagen über Straftaten deutscher und ausländischer Täter? Die Studie zeigt, dass dies der Fall ist. Die häufig drastischeren und oft diskriminierenden Berichte, Kommentare und Meldungen über Straftaten von Ausländern sind geeignet, in der Bevölkerung den Eindruck zu verfestigen, dass von Ausländern eine besondere Gefährdung ausgehe. In ihrer Zerstörungswut gingen sie - anders als 'normale' Straftäter - organisiert vor.

**Die Bioethik- und Grundwerte-Debatte in Deutschland (1993-1998)**

**Eine Dokumentation**

Zusammengestellt von Jobst Paul

183 Seiten A4  
28 DM  
3-927388-67-X  
1998

Die Bioethik- und Grundwerte-Debatte in Deutschland ist inzwischen in unserem Land zu einem demokratischen Faktor mit eigenem Gewicht geworden. Mit der Vertagung einer Befassung des Bundestags mit der Konvention des Europarats im April 1998 ist lediglich ein Einschnitt auf dem Weg zu einer umfassenden europäischen Debatte markiert. Dies nimmt Jobst Paul zum Anlass, eine Dokumentation des Gangs der Dinge seit 1993 vorzulegen. Aus einer Masse der anfallenden Materialien hat er ein Mosaik erstellt, das zeigt, welche Vielfalt und Vielstimmigkeit hinter der 'Debatte' steht. Damit soll aber zugleich die eigene demokratische Legitimation der Debatte dokumentiert werden, an der Politik, Wissenschaft und Industrie nicht mehr vorbeikommen können.

# Anti-rassistische Pädagogik in einer Schule, die keine Insel ist

Von Siegfried Jäger

Daß es sich bei Rassismus um ein Wissen handelt, das Handeln anleitet und schlimme Folgen hat, ist deutschen Politikern, Wissenschaftlern, Journalisten und auch Lehrern noch keineswegs zur selbstverständlichen Denkweise geworden. Erst seit Anfang der 90er Jahre ist in Deutschland überhaupt zur Kenntnis genommen worden, und das auch nur in eingeweihten Kreisen, daß Rassismus ein gesellschaftliches Problem darstellt. Die Welle der Anschläge und Überfälle auf Einwanderer, die Deutschland seit dieser Zeit „heimsuchte“ und viele Einwanderer das Leben kostete, traf unsere Gesellschaft daher auch ziemlich unvorbereitet. Wissenschaftliche Forschungen und präventive pädagogische Arbeit fehlten nahezu völlig. Erst mit dem großen internationalen Hamburger Kongreß zu „Rassismus und Migration in Europa“ von 1990, von Nora Räthzel und Annita Kalpaka organisiert, dessen Ergebnisse 1992 im Argument-Verlag veröffentlicht wurden, bahnte sich eine erste Wende an. Erste Untersuchungen wurden durchgeführt, es entwickelte sich eine breitere Diskussion über politische und pädagogische Gegenmaßnahmen, die sich allerdings nur langsam im öffentlichen Diskurs zur Geltung bringen konnte, weil hier – auch als Ergebnis der öffentlichen Tabuisierung von Antisemitismus und Rassismus – ein virulentes gesellschaftliches Problem gelehrt wurde und im wahrsten Sinne des Wortes unsäglich gemacht werden sollte: im übrigen ein früher Beitrag zum Versuch einer Normalisierung postfaschistischer Befindlichkeiten. Im Unterschied dazu stand das Thema Rassismus in England bereits seit den 70er Jahren auf der Tagesordnung, und ein wohldefinierter Rassismusbegriff diente bereits seit dieser Zeit als Werkzeug zur Analyse gesellschaftlicher Wirklichkeit. Diese Tatsache verdankte sich größtenteils den politischen Kämpfen der Migranten und Migrantinnen gegen Marginalisierung und Rassismus in

England, das sich als „Commonwealth“ und ehemalige Kolonialmacht bereits als Einwanderungsland er- und bekennen und daher, anders als Deutschland und aus anderen Gründen, die damit einhergehenden Probleme bearbeiten mußte. Diese unterschiedliche Ausgangssituation erklärt wenigstens teilweise, daß die Rassismusforschung und sich daraus ableitende Praxen in Großbritannien erheblich weiter gediehen sind als in Deutschland.

Mit dem Macpherson-Report in der Sache Stephen Lawrence, der 1996 ermordet wurde, wurde auch der Begriff des Institutionellen Rassismus zu einem Schlüsselbegriff nicht nur der Rassismusforschung, sondern auch der Debatte um die Einwanderungspolitik generell.<sup>1</sup>

In Verbindung mit einem längeren Forschungsaufenthalt hat Thomas Quehl nun in einem ausgezeichneten Reader, dessen Beiträge durch längere aktuelle Interviews angereichert sind, zentrale Aufsätze aus der englischen Debatte ins Deutsche gebracht, ergänzt durch eine differenzierte und die Unterschiede zwischen beiden Ländern berücksichtigende Einleitung. Die differenzierte Vorgehensweise Quehls wird bereits daran deutlich, daß er das englische Wort *race* nicht übersetzt, weil es im Unterschied zu *Rasse* bereits den Charakter einer gesellschaftlichen Konstruktion konnotiert hat.

Thomas Quehl möchte mit diesem Band dazu ermutigen, sich intensiver mit dem anstehenden Problem zu beschäftigen und er verspricht sich solche Ermutigung dadurch, daß die hier versammelten Beiträge, wie er schreibt, „verdeutlichen, wie die Erfahrungen der beteiligten Lehrer/innen, Erzieher/innen und Schüler/innen als Ausgangspunkt für Formen antirassistischer Pädagogik dienen können und wie es möglich wird, ohne in ein statisches Kultur- und Identitätsverständnis zu verfallen bzw. in eine Haltung, die den in der Gesellschaft vorhandenen Rassismus ignoriert, auf vielfältige Weise

gemeinsam mit den Schülern und Schülerinnen Erfahrungen von Identität, von Gleichberechtigung, von Benachteiligung und Rassismus zu erkunden.“ (S. 7)

Es ist der enge Bezug von Theorie und Praxis, der alle Beiträge dieses Bandes kennzeichnet und den Quehl besonders betont: „Unter Rückgriff auf poststrukturalistische und postkoloniale Theoriebildung und die Erkenntnismöglichkeiten, die auch die britischen *Cultural Studies* boten, konnte man so darangehen, soziologische Erkenntnisse und Theorien des postmodernen Subjekts auf den Boden des ‚wirklichen Lebens‘... und auf die Füße im Klassenzimmer zu stellen.“ (S. 10) Durch diese Verzahnung kommt auch der in unserem Land häufig noch bestrittene oder gelehnte Institutionelle Rassismus, der nicht nur dem schulischem Dispositiv inhärent ist, sehr klar und überzeugend in den Blick. Dies gilt in besonderer Weise für die Beiträge von Debbie Epstein und David Gilborn, die hier hervorgehoben werden sollen, ohne daß die Beiträge der anderen Autorinnen (Chris Gaine, Cecile Wright, Richard Hatcher und Barry Troyna, Iram Siraj-Blatchford, Alison Sealey, Clare Crown, Jacqui Barnfield, Mary Stone, Marietta Harrow) dadurch geschmälert werden.

Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß dieses Buch die bundesrepublikanische Diskussion erheblich voranbringen wird, sowohl bezüglich der pädagogischen Praxis wie auch für die Theoriebildung im Rahmen der Rassismusforschung.

**Thomas Quehl (Hg.): Schule ist keine Insel. Britische Perspektiven antirassistischer Pädagogik, 304 Seiten, 38 DM, Münster 2000 (Waxmann)**

<sup>1</sup> Zum Macpherson-Report und seinen Auswirkungen in Großbritannien vgl. Jobst Paul Artikel „Von >Einzeltätern< zum >institutionellen Rassismus< in DISS-Journal 5 (2000), S. 14-15

# Migration und Alter

von Eva Kaewnetara und Hans Uske

Seit den 80er Jahren wird in Teilen der Fachöffentlichkeit (vor allem innerhalb der Migrationssozialarbeit) darüber diskutiert, was es für die Gesellschaft und das Altenhilfesystem bedeutet, wenn die Generation der „Gastarbeiter“ ins Rentenalter kommt. In den 90er Jahren hat es zahlreiche Modellprojekte und Studien zum Thema „Alte Migranten“ gegeben. Auch in der Politik ist das Thema seit längerem präsent. Bereits 1993 erklärte die damalige Bundesregierung, „daß mit der Zunahme der Zahl älterer Ausländer diese auch bei der Gestaltung der Seniorenpolitik stärker berücksichtigt werden müssen.“ (Bundesregierung 1993) Im aktuellen dritten Bericht zur Lage der älteren Generation (BMFSFJ 2001) und vor allem im 6. Familienbericht (BMFSFJ 2000) wird das Thema mit einer zum Teil sehr differenzierten Problemsicht behandelt.

Auf der anderen Seite scheint die immer wieder erhobene Forderung an das Altenhilfesystem, sich auf die Bedürfnisse und die Pflege älterer Migrantinnen und Migranten vorzubereiten, weitgehend folgenlos geblieben zu sein. Die Praxis der ambulanten und stationären Altenhilfe, die Aus- und Weiterbildung der Pflegekräfte sowie die Altensozialarbeit sind über das Stadium von Modellprojekten kaum hinausgekommen. Weder kann von einer Implementation in den Alltag der Institutionen die Rede sein noch von einer angemessenen Problemsicht der dort tätigen Akteure.

In der Öffentlichkeit wird das Thema „alte Migranten“ so gut wie nicht diskutiert. Aber auch bei Diskussionen mit Fachleuten fällt auf, wie „neu“ eine Problemsicht erscheint, die Alter und Pflegebedürftigkeit von Migranten zum Thema macht. Häufig begegnet man einer Abwehrhaltung, die sich verschiedener Gegenargumente bedient.

1. Weit verbreitet ist die Vorstellung, alte Migranten seien bereits genügend versorgt. Bei den Migranten seien die Alten in der Familie noch aufgehoben. Tatsächlich existiert bei den meisten Migranten das Ideal von familiärer Pflege und entsprechenden Pflichten (der Töchter und Schwiegertöchter). Im Bild vieler Deutscher (auch von Akteuren im Altenhilfesystem) haben die Migranten sich damit etwas bewahrt, das bei den Deutschen abhanden gekommen sei. Wer für Konzepte einer Öffnung der Altenhilfe für Migranten wirbt, wird daher häufig mit dem Argument konfrontiert, mit der vorgeschlagenen Lösung (Öffnung des Altenhilfesystems für Migranten) das Problem erst geschaffen zu haben. Anders gesagt: Statt den funktionierenden Familienzusammenhang sich selbst zu überlassen, würden institutionelle Gebilde geschaffen (Pflegedienste, Altenheime etc.), die dann erst den funktionierenden Familienzusammenhang auflösen. Hinter dieser Vorstellung steht der Mythos einer harmonischen „Gastarbeiter-Großfamilie“. Tatsächlich leben aber (genau wie bei den Deutschen) immer mehr alte Migranten in Ein-Personen-Haushalten, können und wollen die Kinder nicht alle Aufgaben der Pflege übernehmen.

2. Die meisten Migranten werden, so wird argumentiert, im Alter in die Herkunftsländer ziehen. Das Problem stelle sich also gar nicht. Tatsächlich war das Migrationsziel der Arbeitsmigranten der 60er und 70er ein besseres Leben in der Heimat, also die Rückkehr. Und tatsächlich zeigt die Wanderungsstatistik, daß viele zurückgekehrt sind und auch zurückkehren werden. Viele erleben den Aufenthalt im Alter in Deutschland daher auch als Scheitern ihrer Lebensziele. Der Rückkehrwunsch bleibt daher bestehen, obwohl er in vielen Fällen unrealistisch geworden ist. Gegen die Rückkehr sprechen, das zeigen auch Umfragen unter alten Migranten, vor allem die Familienbindungen in Deutschland und die bessere gesundheitliche Versorgung.

3. Ein weiteres Argument lautet: Das Problem stelle sich noch nicht. Für Institutionen zählen vor allem Zahlen. Tatsächlich sind die meisten Arbeitsmigranten aber noch nicht in dem Alter, in dem in der Regel von einer Pflegebedürftigkeit ausgegangen werden kann. Ein dringendes Problem werde daher auf absehbare Zeit nicht vorliegen. Das ist nicht nur kurzfristig gedacht, sondern geht auch am realen aktuellen Bedarf vorbei. Denn tatsächlich haben die in der Regel schlechteren Lebens- und Arbeitsbedingungen, denen die ausländischen Arbeitnehmer ausgesetzt waren, dazu geführt, daß sie im Durchschnitt erheblich eher altern, mit allen damit verbundenen gesundheitlichen Problemen (Dietzel-Papakyriakou 1993; Uske / Heveling-Fischell / Mathejczyk 2001).

## **Brauchen Migranten überhaupt eine besondere Versorgung?**

Auch wenn man davon ausgeht, daß Arbeitsmigranten in Deutschland altern, pflegebedürftig werden, auf die Hilfe der dafür zuständigen Institutionen angewiesen sind, so bleibt doch die Frage: Braucht das Altenhilfesystem *besondere* Anstrengungen für die Versorgung älterer Migranten oder reichen die bestehenden Instrumente aus?

In ihrer Expertise zum 6. Familienbericht kommt die Sachverständigenkommission zu dem Schluß, daß man unter den Mitarbeitern in den Regeleinrichtungen häufig „zwei scheinbar einander widersprechende kognitive Strategien“ finden, die aber beide zur Ausgrenzung von Migranten als Kunden führten. (Gaitanides 2000:133) Die eine Strategie betont die kulturellen Unterschiede zwischen Deutschen und Migranten. Entsprechend benötigt man aus dieser Sicht für den Umgang mit dieser Klientengruppe entweder migrationsspezifische soziale Dienste neben den Regeleinrichtungen oder selbst „kulturelle Hintergrundkenntnisse und kulturimmanente Interventionsstrategien“, um mit ihnen adäquat arbeiten zu können.

Die andere Variante geht davon aus, daß kulturelle Unterschiede nicht wirklich relevant sind. Vorhandene - und als kulturell zu verstehende - Handlungsweisen seien vor allem als Antwort auf soziale Ausgrenzung seitens der hiesigen Gesellschaft zu verstehen. Der Erwerb von

interkultureller Kompetenz wird aus dieser Sicht häufig mit dem Argument, alle Klienten gleich zu behandeln, abgelehnt.

Während die erste Position in die Gefahr gerät, mit kulturellen Schablonen zu operieren und die Migranten einer „ganz anderen“ Kultur zuzuordnen, wird bei der zweiten das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Kulturelle Unterschiede existieren – es fragt sich nur, welche Bedeutung sie im Alltag haben, welche Festigkeit sie besitzen, wie homogen sie verteilt sind, wie mit ihnen umzugehen ist und vor allem: ob sie nicht auch auf Unterschiede *innerhalb* der Kulturen, also zwischen den Individuen mit ihren differenzierten Bedürfnissen verweisen, die in der Praxis der Pflege noch häufig vernachlässigt werden. Wenn wir die Tatsache ernst nehmen, daß die Bevölkerung in Deutschland (Migranten *und* Einheimische) heterogener wird, daß auch ältere Menschen die unterschiedlichsten Bedürfnisse entwickeln, stellt sich die übergeordnete Frage, welche Anforderungen sich für die Beschäftigten in der Pflege aus *dieser* Problemlage ergeben.

Die Forderung, „kulturkompetentes Handeln“ einzuüben, um die Altenhilfe für Migrantinnen und Migranten zu öffnen, kann unter diesen Voraussetzungen nicht bedeuten, sich schablonenhaft „kulturelles Wissen“ anzueignen, um es dann anzuwenden, nach dem Motto: „Was muß ich alles beachten, um einen Moslem zu pflegen“. Was aber heißt es dann?

### **Kulturkompetente Pflege**

Eine Antwort auf die Frage nach „Kulturkompetenz“ muß zuallererst ihr Verständnis von Kultur offen legen.

In neueren Ansätzen (Auernheimer 1988; Buckow 1996; Schiffauer 1997; Giddens 1997; Sökefeld 2000) werden Kulturen als Produkte menschlicher Praxis verstanden. Kultur ist danach durch soziale Interaktion konstituiert. Unter dieser theoretischen Orientierung geht es vor allem um die Individuen, deren kulturelle Orientierungen sich nicht darin erschöpfen, den Bahnen einer immer schon vorgegebenen (nationalen, ethnischen etc.) Kultur zu folgen. Kultur wird vielmehr im Alltag immer wieder neu und immer wieder anders hergestellt.

Die Voraussetzung einer solchen Betrachtungsweise ist die universelle menschliche Fähigkeit für Verständnis und Kommunikation. Im Vordergrund einer solchen Kulturdefinition stehen daher zunächst die 'Gemeinsamkeiten' und nicht die 'Unterschiede'.

Die Unterschiede wiederum verändern ihren Charakter, sind keine starren Differenzen und Grenzen. Sie verändern sich laufend und werden immer wieder neu ausgehandelt. Unter diesem Blickwinkel reicht es daher nicht aus zu fragen, welchen kulturellen Prägungen z.B. türkische Jugendliche unterworfen sind. Viel interessanter ist die Frage, wie sie diese unterschiedlichen Prägungen in ihrer Praxis und Kommunikation leben, kombinieren, neu erfinden etc. Und das gilt selbstverständlich auch für die älteren Migranten.

Kulturkompetenz heißt deshalb, für mehrere Dinge sensibel zu werden:

1. Kulturkompetenz besteht nicht nur darin, kulturelles Handeln von Migranten im Rahmen des politischen, sozialen, wirtschaftlichen und historischen Kontextes der Herkunftsgesellschaft zu sehen. Eine solche Betrachtung

macht nur Sinn, wenn zugleich *das eigene* Verhalten, die eigenen Prägungen durch die deutsche Kultur und Gesellschaft reflektiert wird. Verzichtet man darauf, dann kann es passieren, daß z.B. der zu pflegende Patient als „kulturell geprägtes“ Wesen erscheint, der einer *besonderen* Behandlung bedarf, während der Umgang mit Deutschen als die eigentliche, „natürliche Pflegepraxis“ erscheinen kann.

2. Eine kulturkompetente Praxis muß sich immer wieder fragen, wie spezifische Bedingungen und Umstände zu einem Block von angeblich unüberwindbaren, kulturellen Grenzen geführt haben. Tatsächlich lassen sich solche Vorstellungen von Unüberwindbarkeit („Mit denen kann man nicht zusammenarbeiten“) gerade in multikulturellen Teams in der Pflege beobachten.

3. Kulturkompetenz bedeutet, die besonderen gegenseitigen Beziehungen (z.B. zwischen Patienten oder zwischen Patienten und Pflegekräften) und die Umstände, unter denen sie zustande kommen, analysieren zu können.

4. Kulturkompetenz bedeutet, die konkreten Voraussetzungen und Bedingungen, die Kommunikation fehlschlagen lassen, zu analysieren.

5. Schließlich ist es wichtig, daß wir die Lösungen nicht im Reden *über* die Anderen suchen, sondern *mit ihnen gemeinsam* erarbeiten. Für den Pflegealltag heißt das: Kulturell differierende Bedürfnisse (z.B. Hygienevorstellungen, Tabugrenzen, Höflichkeitsregeln etc.) oder auch andere Formen der Schmerzäußerung, die zu Mißverständnissen führen können, müssen viel stärker beredet werden.

Was bedeutet das für die Praxis kulturkompetenter Pflege? Erfahrungen aus unserem Projekt\* haben gezeigt, daß kulturelle Kompetenz nicht als Anhängsel einer ansonsten kulturunabhängigen Altenarbeit verstanden werden kann. Vielmehr geht es darum, eine veränderte Haltung zu entwickeln, die einer heterogenen Kundenstruktur gerecht wird. Jeder Mensch ist anders und muß auch anders gepflegt werden. Dies gilt auch für pflegebedürftige Deutsche.

Was bedeutet das für die Institutionen? Die Autoren des 6. Familienberichts (Gaitanides 2000:139) weisen darauf hin, daß interkulturelle Öffnung „(...) eine Veränderung der Organisationskultur (Leitbild, fremdsprachliche Hinweise, Repräsentation kultureller Vielfalt usw.) und eine Veränderung der Angebotsstrukturen in Richtung Niedrigschwelligkeit: lebensortnah, alltagsorientiert, aufsuchend, ganzheitlich“ implizieren muß.

Das wäre sehr viel, reicht aber wahrscheinlich nicht aus.

### **Die Kulturgebundenheit der Altenhilfe**

Denkt man noch einen Schritt weiter, dann stellt sich auch die Frage, wie weitreichend die Institutionen der Altenhilfe selbst kulturgebunden sind und welche Probleme daraus entstehen.

Die Versorgung von älteren Menschen durch Institutionen ist kein neuzeitliches Phänomen. Sie entwickelte sich in der Spätantike aus dem christlichen Gedanken der Barmherzigkeit und Nächstenliebe. Der Einfluß dieser Entstehungsgeschichte wirkt bis heute im Selbstverständnis der Institutionen und ihrer Mitarbeiter, beispielsweise im hohen Frauenanteil unter den Beschäf-



Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hg.):  
**Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik,**  
Berlin 2001,  
Aufbau, 16,90 DM

Ein Buch gegen die Schlußstrichpolitik, wie sie neustens massiv wieder im SPIEGEL niederkommt. Anhand der Friedenspreisrede Martin Walsers und der Reaktionen darauf und der Aussagen und Auslassungen Rudolf Augsteins zu den Juden wird der Versuch gemacht, den „Normalisierern“ argumentativ Paroli zu bieten. Wie schwer das inzwischen ist, zeigen ausgewählte Zitate im Vorspann:

Klaus von Dohnanyi am 26. Mai 2000: „...12 Jahre Nazi-Terror, so tragisch und verbrecherisch sie waren, sind nicht die zentrale Achse der deutschen Geschichte.“  
Gerhard Schröder am 4. Februar 2000: „Uns steht das Argument ›Wegen der deutschen Geschichte geht es nicht‹ nicht mehr zur Verfügung.“

Und man könnte aus dem SPIEGEL vom 7.5.01 hinzufügen: Bernhard Schlink, Professor für Öffentliches Recht und Romanautor: „Was beim Wunsch der jungen Generation, stolz darauf zu sein, deutsch zu sein, stimmt, ist das Bedürfnis nach einer Biographie, die ein stimmiges Selbstbewußtsein und ein stimmiges Verhältnis zu den

anderen trägt. Für die junge Generation kann die Vergangenheit des Dritten Reiches und des Holocaust nicht mehr die Gegenwart sein, die sie für meine Generation ist, und wenn die Vergangenheit von ihr nicht abgetan werden soll, muß sie für sie in der Geschichte aufgehoben werden.“ Da wird sich Lorenz Meyer aber freuen und erst recht die jungen Nazis, deren Kern-Parole zum Schlagwort der Mitte avanciert ist. Klotz, Wiegel und ihren Co-Autoren Kai Köhler, Wulf D. Hund und Thomas Gondermann (und nicht nur diesen) steht also noch viel Arbeit bevor. S.J.



Christoph Deutschmann  
**Die Verheißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus**  
Frankfurt / New York 1999  
Campus Verlag, 42,- DM

Dass das Geld „nervus rerum“ (Jean Bodin) sei, ist eine Erkenntnis des 16. Jahrhunderts, als der europäische Frühkapitalismus sich anschickte, die Welt zu erobern und zu verändern. Heutzutage, in Zeiten des sog. Casino-Kapitalismus, in denen das Geld nun wirklich universelles, alle Poren des Lebens durchdringendes Element geworden ist, handelt es sich um eine Einsicht mit luxuriösem

Charakter, die diejenigen pflegen, die die (Wahl-)Möglichkeiten ihres Geldvermögens zu schätzen wissen. Da Wissenschaftler meistens knapp bei Kasse sind, ergibt sich das seltsame Phänomen, wie Christoph Deutschmann am Beispiel der jüngeren Soziologiegeschichte aufzeigt, daß sie die Bedeutung des Geldes eher herunterspielen und in Teilbereiche der Gesellschaft verweisen - eine Technik der Verkleinerung, derzufolge dann das Geld keine allzu große theoretische Unruhe verursacht. Das Buch des Tübinger Soziologie-Professors ist aber in seinem eigentlichen Anliegen nicht weniger interessant, versucht Deutschmann doch, den Zusammenhang von Kapitalismus und Religion theoretisch aufs engste zu knüpfen. Weder die Analogiebildungen („Fetischcharakter“) oder ironischen Anspielungen bei Marx, noch Religion als ethische Triebkraft wie bei Max Weber reichen nach Deutschmann aus, um die „religiöse Natur des Kapitalismus“ angemessen darzustellen. Im Gegensatz zur klassischen Religionskritik, die sich die Entthronung des Religiösen zum Ziel setzte, ist für ihn die Religion zu etwas Diesseitigem geworden, implementiert in die Strukturen des Kapitalismus, deren utopische Überhöhungen und Imaginationen nicht von außen, als reine Bewußtseinsformen herangetragen werden, sondern ihnen immanent sind. Das Geldvermögen (Geld als Kapital) - so Deutschmann - ist zum Träger einer Utopie geworden, und zwar der höchsten aller Utopien, denn es verpricht den individuellen Zugriff auf die Totalität menschlicher Möglichkeiten. Das Geld in seiner entwickeltesten Form transportiert gewissermaßen einen Verweis auf ein höchstes vollkommenes Sein, der die gegenwärtigen „Seinsformen“ als beschränkte Realisierungsweisen über sich hinaustrei-

ben läßt. Deutschmann erweist sich hier als Kenner des vierten Gottesbeweises Thomas v. Aquins von der Stufung des Seins, die die Vollkommenheit Gottes zur Voraussetzung hat. Was freilich den Mangel der Gottesbeweise ausmacht, nämlich, daß die Existenz dessen vorausgesetzt wird, das bewiesen werden soll, ist tatsächlich ihre vorzüglichste Eigenschaft, sobald ihr Anliegen als imaginäre (und zugleich materiell verankerte) Verweisstruktur des Kapitalismus begriffen wird. Das mag manchem Leser als metaphysischer Quark erscheinen. Liest man jedoch Deutschmanns Nutzenanwendung auf aktuelle industriesoziologische Themen, speziell auf die Rolle der modernen Manager als „Priester“ und „Prediger“ des industriellen Fortschritts, könnte man eines Besseren belehrt werden. H.K.



Uwe Johnson:  
**Jahrestage**  
Suhrkamp  
Taschenbuch Nr. 3220  
58 DM  
Gebunden 75 DM

Im November 2000 strahlte die ARD die vierteilige Fernsehverfilmung der „Jahrestage“ von Uwe Johnson aus, die von Margarete von Trotta ins Bild gesetzt wurde. Ob

diese Verfilmung gelungen war oder nicht, war in der Kritik umstritten. Margarete von Trotta äußerte sich in einem Interview dazu, dass die Jahrestage eigentlich nicht verfilmbar seien und dass sie deshalb ein völlig neues Drehbuch geschrieben habe, in dem Episoden aus den Jahrestagen verarbeitet wurden.

Wie dem auch sei – die Verfilmung hat mich neugierig auf die 4 Bände von Uwe Johnson gemacht. Also machte ich mich sofort daran, diese zu lesen. Damit begann für mich ein ganz besonderes Lektüreerlebnis. Nach einer gewissen Einlese-Phase öffneten sich für mich neue Perspektiven. Einen solchen Blick auf den deutschen Faschismus und die Nachkriegszeit – vor allem in der sowjetisch besetzten Zone und späteren DDR – war mir in noch keinem anderen Roman begegnet. Die gleichzeitige Thematisierung von Vietnam-Krieg, Black-Panther-Bewegung – auch Studentenrevolte in Deutschland – und Prager Frühling und der Familiengeschichte von Gesine Cresspahl ist in heutiger Zeit, also nach dem Niedergang des Sozialismus, zwar irritierend, aber nicht weniger spannend und anregend. Es ist eine schonungslose Abrechnung mit jeglicher ideologischen Dogmatisierung und zeigt, auf welche Weise diejenigen, die solchen Dogmatisierungen ausgesetzt sind, mit ihnen umgehen und sie zu einem Teil ihres Lebens machen. Nicht Verständnis oder Gutheißen solcher Auseinandersetzungen ist dabei leitend, sondern der Versuch, sich die jeweils besonderen Verstrickungen zu erklären. Übrigens: Der Fernsehfilm soll im Herbst in zwei Arte-Themen-Abenden wiederholt werden.

M.J.



Mark Terkessidis  
**Migranten**  
 Rotbuch 3000, 98 Seiten,  
 14,90 DM, Hamburg 2000

Endlich gibt es eine wirklich gute Einführung in das Thema Migration.

Mark Terkessidis, Journalist und Diplompsychologe an der Uni Köln, ist es gelungen, alle wichtigen Aspekte in kurzen, aber präzisen Kapiteln abzuhandeln. Von der Definition (Was ist Migration?) über die Migrationsgeschichte in Deutschland, die wirtschaftliche Situation der Migrantinnen und Migranten, die rechtlichen Bestimmungen bis zur Kultur.

Und nicht nur der Text stimmt und ist leicht zu lesen. Das Buch ist voller interessanter Bilder und Karikaturen und eröffnet überraschende Sichtweisen vor allem der Migrationsgeschichte. So forderte noch 1975 DGB Vorstandsmitglied Edmund Duda die Abschiebung der „nicht benötigten ausländischen Arbeiter“, um „die deutschen Arbeitnehmer zu schützen“. Ein paar Jahre später „warb“ die IG Metall um Verständnis für die ausländischen Kollegen, sie seien „weder Rauschgift Händler noch Zuhälter noch vorbestraft.“

All das ist in ein 100-Seiten-Bändchen gepackt mit einem sehr schönen und übersichtlichen Layout. So wünscht man sich lesbare Taschenbücher.

H.U.



Kathrin Braun (Hg.)  
**„Life“ is a battlefield**  
 Offizin  
 Hannover 1999  
 194 S., DM 18,80  
 ISBN 3-930345-17-X

Die sieben Beiträge in diesem Band setzen sich auf unterschiedliche Weise – sehr erfrischend und quer denkend – mit Praktiken und Diskursen der modernen Lebensmacht-Technologien – in Anbindung an Foucaults Bio-Macht-These – auseinander, mit dem Ziel, dem Verschwindenlassen des Körpers im Denken entgegenzutreten. Hendrik Plewka weist darauf hin, dass die Folter in der Weiterentwicklung der Foucault'schen Machttheorie dem nicht-diskursiven Raum zugewiesen wird, wodurch Machtausübung durch Folter aus dem Theorierahmen zur Erklärung moderner Gesellschaften herausfällt. Isabella Jordan diskutiert, ob der Vergleich zwischen der heutigen „Euthanasie“-Diskussion, wie sie vor allem von Peter Singer angefacht wurde, und der „Euthanasie“-Praxis der NS-Zeit berechtigt ist. Sie zeigt unübersehbare Analogien auf und hinterfragt die Unterschiede, wie etwa die „Selbstbestimmtheit“ in der heutigen Euthanasie-Debatte. Svea Luise Hermann zeichnet unter Verfolgung des Nützlichkeitsdiskurses über das Leben in Unterrichtsmaterialien für medizinisches Fachpersonal den Stellenwert der

Bioethics Education als Teil einer biopolitischen Gesamtstrategie nach, die sie 'Qualifizierung der Sprecher' nennt. Sie sieht eine Tendenz im bioethischen Diskurs Skrupel und Empfindsamkeiten zu überwinden, um das Leben zur Sache zu machen und einer neuen Ethik für eine neue Biologie den Boden zu bereiten. Volker Macke zeigt in seiner Diskursanalyse der Berichterstattung des „Spiegel“ der letzten 50 Jahre im Hinblick auf das Thema Organtransplantationen auf, wie über eine Mensch-Maschinen-Bildlichkeit, getragen von „Experten“ eine Bedürfniskonstruktion in bezug auf Organtransplantationen erfolgt, welche dem Menschen eine endgültige Trennung vom Tod vorgaukelt. Helen Kohlen stellt den Stellenwert der Hospizbewegung dar, welche durch einen fürsorglichen Umgang mit dem sterbenden Menschen – ein Reden mit dem Sterbenden, nicht über ihn – dem sich beschleunigenden Euthanasie-Diskurs – wenn auch in Deutschland viel weniger öffentlich wahrnehmbar artikuliert als in den USA – entgegenwirkt. Silke Merzhäuser fragt nach Konzepten weiblicher Selbstbestimmung im Hinblick auf reproduktive Freiheit im Kontext pränataler Diagnostik. Sie kommt zu dem Schluss, dass eine reproduktive Selbstbestimmung notwendigerweise an politische Selbstbestimmung der Frau gekoppelt ist und mit jeder Form patriarchaler Unterdrückung unvereinbar. Die gute Lesbarkeit und die klar argumentierenden Beiträge machen das Buch zu einem spannenden Fundus kritischer Gedanken zum Thema Leben und Sterben und dem Umgang damit in der heutigen Gesellschaft.

I.B.

tigten, der geringen Bezahlung, den Berufsmerkmalen sowie einem nach wie vor relativ hohen Anteil nur angelernter Beschäftigter (Pfleger als typisch weibliche Eigenschaft kann jede für „Gottes Lohn“).

Zudem gibt es eine „Tradition der Bemächtigung“ von Hilfebedürftigen in helfenden Berufen, die sich im Umgang mit Migranten besonders negativ auswirken könnte. Dies gilt ganz besonders für die Altenarbeit. Auch hier können Verstehen und Kolonisieren des Fremden eine unheilvolle Allianz eingehen, wenn paternalistische Haltungen der Pflegekräfte dazu führen, daß sie ganz genau zu wissen glauben, was der einzelne alte Mensch für sein Wohlbefinden benötigt. Auch der immer wieder von Pflegekräften geäußerte Wunsch nach Verhaltens-Checklisten im Umgang mit Migranten wirkt in diese Richtung.

Auch unsere Vorstellungen vom Alter prägen die Institutionen der Altenhilfe. Tatsächlich ist „Alter“ eine gesellschaftliche Konstruktion. Die für uns heute selbstverständliche, eigenständige nachberufliche Lebensphase „Alter“ existiert in dieser generalisierten Form erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts. (Arnold / Dibelius / Hoppe 1999).

Auf dieser Grundlage entwickeln alte, aber auch junge Menschen Vorstellungen vom „Lebensabend“ und darin eingeschlossen z.T. stereotype Vorstellungen von Versorgung und Pflege, die sich durchaus „kritisch“ zu den Institutionen verhalten (z.B. das Ideal der Familienversorgung, aber auch die Vorstellung, den Kindern nicht zur Last fallen zu wollen; das Pflichtgefühl und die Ängste davor bei den Kindern, die Vorstellung einer „guten Pflege“, eines „geborgenen Lebensabends“ aber auch das Bild von der „Abschiebung“ der Alten ins Heim).

Vieles davon wird auch von Migranten geteilt werden, anderen „Selbstverständlichkeiten“ in den Einrichtungen der Altenhilfe stehen sie aber möglicherweise auch fremd gegenüber. Für die Praxis der Altenhilfeeinrichtungen bedeutet dies, zu hinterfragen, welche Arbeitsabläufe, Führungs-, Organisations- und Planungsstile üblich sind. Auf welchen impliziten kulturell geprägten Vorstellungen von Alter und Lebensgestaltung im Alter basieren sie? Wie sehen z.B. die Zeitvorgaben für die Pflege aus? Eingeübt werden solche „Selbstverständlichkeiten“ u.a. in der Ausbildung zum Altenpfleger. Dort gibt es ein eigenes Unterrichtsfach „Lebensgestaltung im Alter“, um normativ die Bezüge für die Handlungen der Auszubildenden herauszubilden. Welche unhinterfragten Denkgewohnheiten müßten hier aufgelockert werden? Hinzu kommen Fragen an die Beschäftigten in der Altenpflege: Welches Selbstverständnis haben sie über ihren Beruf? Welche Arbeitskulturen haben sie entwickelt? Wie strukturieren diese den Arbeitsalltag und ihre Vorstellungen darüber, wie hierarchisch Strukturen sein sollten, wie Macht austariert werden sollte (Gleichheit versus Abhängigkeit), über Aufgabenfelder (Was macht die Pflegekraft, was die Familie?) und ihre Ansichten darüber, welche Formen der Mitarbeiterführung als angemessen empfunden werden.

### Voraussetzungen für neue Wege in der Altenhilfe

In dem vorhandenen Rahmen der Institutionen der Altenpflege neue Wege zu gehen setzt vor allem die folgenden beiden Schritte voraus:

1. Ältere MigrantInnen müssen noch viel mehr als bisher nach ihren *eigenen* Vorstellungen und Lösungsideen befragt werden. Nur so können die von ihnen gewünschten Lösungen bereitgestellt werden. Oft stellt sich dabei heraus, daß es um viel einfachere und unspektakuläre Lösungen geht, als vorher angenommen. Z.B. haben Seniorenselbsthilfegruppen oft einfach das Problem, einen Raum zur Verfügung gestellt zu bekommen.

2. Migranten selbst müssen nicht nur als Beschäftigte im Feld der Altenpflege selbst, sondern darüber hinaus auch als Forscher über das Feld der Altenpflege (Gerontologie, Alterssoziologie, Anthropologie u.a. mit Alter beschäftigte Disziplinen) gewonnen werden.

Ohne diese ersten Schritte bleiben alle folgenden weniger effektiv, als dies häufig erhofft wird. Solche Schritte sind z.B. muttersprachliches Personal qualifizieren, interkulturelles Lernen als lebenslanger Prozess in der Altenhilfeaus-, Fort- und Weiterbildung, Vernetzung von Altenhilfe- und Migrationsstrukturen, kultursensible Pflegeleitbilder, kulturkompetente Konzepte für Institutionen der Altenhilfe und ihre Platzierung als Führungsaufgaben etc.

Das Ziel ist, um es mit den Worten der Darmstädter Soziologin Angelika Ertl (2001) zu sagen, die Vision einer kulturkompetenten, professionellen Pflege, die den Anforderungen einer sich verändernden Welt von Patienten fachlich gerecht wird.

*\* Der Aufsatz „Migration und Alter“ ist entstanden im Rahmen des von der EU und dem Land NRW geförderten QUATRO-Projektes „Älter werden in Deutschland“, in dem es um die Entwicklung und Erprobung von interkulturellen Qualifizierungskonzepten für Beschäftigte der Altenpflege geht. Das Projekt ist eine Kooperation zwischen dem Berufsbildungswerk des DGB (bfw) Wuppertal und dem Rhein-Ruhr-Institut (RISP) an der Uni Duisburg. Als ein Projektergebnis wird im Sommer ein Sammelband als DISS-Buch erscheinen (siehe letzte Seite).*

### Literatur:

- Arnold, K.; Dibelius, O.; Hoppe, B. (1999): Altenpflegeausbildung. Eine Einführung. Freiburg
- Auernheimer, G. (1988): Der sogenannte Kulturkonflikt. Frankfurt/New York.
- BMFSFJ (2000): Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht, Berlin
- BMFSFJ (2001): Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation, Berlin
- Buckow, W.-D. (1996): Feindbild Minderheit. Opladen
- Bundesregierung (1993): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Gerd Andres, Konrad Gilges, Gerlinde Hämmerle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD - Drucksache 12/4009 -
- Dietzel-Papakyriakou, Maria (1993): Ältere ausländische Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V. (Hrsg.): Expertisen zum ersten Altenbericht der Bundesregierung – III. Aspekte der Lebensbedingungen ausgewählter Bevölkerungsgruppen, S. 1-154
- Ertl, A. (2001): Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten. Unveröffentlichtes Manuskript. Darmstadt.
- Gaitanides, S. (2000): Arbeit mit Migrantenfamilien - Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfeorganisationen, in: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Lebensalltag. Materialien zum 6. Familienbericht, Band II: 107-144. Opladen
- Giddens, A. (1997): Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt.
- Sökefeld, M. (2000): The Concept of Culture between Politics and Social Anthropology: From Difference to Continuity, in: Current Anthropology 3/4, Chicago 2000
- Uske, H. / Heveling-Fischell, M. / Mathejczyk, W. (2001): Arbeit, Migration und Behinderung, eine Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW

# Projektkooperation DISS-VIA

## Lebenssituationen sozial ausgegrenzter Zuwanderer – effektive Eingliederungsmaßnahmen unter Selbstbeteiligung der Zuwanderer

Vergleichende Darstellung von *Iris Büniger*

Der Suche nach Konzepten, mit denen soziale Ausgrenzungen von Einwanderern und Flüchtlingen vermieden werden, hat sich ein Untersuchungsprojekt verschrieben, das sich mit Intergrationshemmnissen von Einwanderung in Italien, Griechenland und Deutschland beschäftigte (vgl. dazu auch DISS Journal 6/2000, 20). Die Berichte des Centre for Development Information and Education (CIES), (Italien), des National Youth Foundation Centre of Vocational Training (KEK-EIN), (Griechenland) und des DISS im Auftrag von VIA, (jetzt Verband für Interkulturelle Arbeit) liegen nun vor und ermöglichen – trotz der Unterschiede in bezug auf die Voraussetzungen und Auswirkungen von und den Umgang mit Einwanderung in den drei Ländern sowie in bezug auf das methodische Vorgehen – ein vergleichendes Fazit.

Es zeigt sich, dass es unumgänglich ist, eine konstruktive Integrationspolitik zu entwickeln. In Italien und Deutschland gehen die Bevölkerungszahlen zurück und es fehlen Arbeitskräfte in bestimmten Bereichen. Deshalb wird in diesen Ländern Einwanderung propagiert. Auch wenn Griechenland sich immer noch als Transitland betrachtet, wird eine Nutzung preiswerter Arbeitskraft beschrieben, und stellt die neuerliche Entwicklung hin zu steigender Xenophobie das Land vor die Herausforderungen einer konstruktiven Integrationspolitik. Probleme zu erkennen, Vorteile zu nutzen und Herausforderungen anzunehmen, muss das Ziel einer solchen Integrationspolitik sein, die auf die Besonderheiten des Einwanderungslandes und auf die Belange der Einwanderer in diesen Ländern, die – wie die Analysen zeigen – sehr unterschiedlich sind, zugeschnitten sein muss.

Die Ergebnisse der griechischen und der deutschen Untersuchung weisen eine wichtige Gemeinsamkeit auf: Sich integriert fühlen und „integriert

sein“ ist nicht dasselbe. Auch wenn die Einwanderer sich subjektiv integriert fühlen, werden sie doch als Fremde wahrgenommen, besinnen sich auf Werte ihres Herkunftslandes und leben neue Diskurspositionen – damit sind ihre Selbstverortungen in der Gesellschaft gemeint – die vom Einwanderungsland und vom Herkunftsland geprägt sind. In der italienischen Untersuchung werden diese neuen Diskurspositionen problematisiert; es wird darauf hingewiesen, dass das Aufwachsen der 2. Generation im Einwanderungsland einen Rückzug der Familie in ihr Herkunftsland unmöglich macht, da von den Kindern die Einwanderungskultur angenommen und die Herkunftskultur weitgehend abgelegt wurde. Die griechische Untersuchung zeigt, dass in der 2. Generation kaum ein Unterschied zwischen Einwanderern und Einheimischen besteht. Die deutsche Untersuchung zeigt, wo die Einwanderer im Diskurs positioniert sind, welche Probleme, Vorteile und Herausforderungen sich durch diese neuen Diskurspositionen ergeben. Eine Besonderheit der deutschen Untersuchung bildet die Tatsache, dass trotz der allgemeinen Tendenz, sich als Einwanderer integriert zu fühlen, fremdenfeindliche und rassistische Ausgrenzungen und Diskriminierungen umfassend beschrieben wurden. In allen drei Untersuchungen kommt der große Stellenwert der rechtlichen und sozialen Partizipation von Einwanderern im Einwanderungsland zum Tragen. Die Voraussetzungen dafür sind in allen drei Ländern unterschiedlich, jedoch getragen von der Fähigkeit und Möglichkeit der Kommunikation und des interaktiven Austausches. Konzepte, die im Hinblick auf diese Aspekte greifen können, betreffen vor allem den Bereich des Spracherwerbs, des Bildungssystems einschließlich der Kindergärten, den Umgang mit Behörden, die gesellschaftliche Teilhabe und

sozialen Kontakte zwischen Einwanderern und Einheimischen. Besonders in Griechenland und Deutschland kommt dem „institutionellen Rassismus“ ein hoher Stellenwert zu – unabhängig davon wie Ausgrenzungen sich in Gesetzestexten und –vorlagen verbergen oder durch Träger und Mitarbeiter von Institutionen möglicherweise durch Unwissen und/oder mangelnde Sensibilität stattfinden. Hier sind Konzepte gefragt, institutionellen Rassismus erkennen, erfassen und ihm entgegenwirken zu können.

Die vorliegende Studie gilt als Pilotprojekt, das zu Konzepten einer Integrationspolitik beitragen kann, die Integration als einen Prozess erfasst, der über mehrere Generationen stattfindet und wechselseitig ist – also Einwanderer und Einheimische betrifft.

### Nicht seriös!

„Mehr als die diskursive ›Verstrickung‹ ›rassistischer‹ Subjekte selbst und Verweise auf allgemein-gesellschaftliche Praxen in deren Hintergrund, nämlich seine z.B. sozialisatorischen Ursachen und Funktionszusammenhänge, geraten freilich nicht detailliert und auf hinreichend wissenschaftlich-methodisch seriöse Weise in den Blick.“ So Kurt Möller in seiner Studie „Rechte Kids“ (Weinheim und München 2000) auf S. 37f. zu Diskursanalysen des DISS. Diese auch noch höchst umständlich formulierte Kritik zeigt einmal mehr, wie schwierig es offenbar für WissenschaftlerInnen ist, sich aus dem eigenen Sprachspiel zu lösen und eine der eigenen wissenschaftlichen Position nicht entsprechende Perspektive einzunehmen oder gar zu würdigen. Es ist offenbar leichter, diese Ansätze abzuwehren, indem man sie abwertet.  
S.J.

# Eine „Neue konservative Revolution“?

Ein Veranstaltungsbericht von *Cordula Baldauf und Daniel Kocar*

Diese Frage stand im Mittelpunkt des Colloquiums, das das DISS in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 24.-26.11.2000 in Bergneustadt abhielt.

Unter dem Themenkomplex „Der neue Rechtspopulismus“ wurden von Heribert Schiedel (Wien) und Vladimir Wakounig (Klagenfurt) die Entwicklungen in Österreich in Verbindung mit der FPÖ analysiert. Im Mittelpunkt der Betrachtung stand dabei das Verhältnis der etablierten Parteien zur FPÖ und die mangelnde Auseinandersetzung mit ihren programmatischen Eigenheiten. Auch die nur zaghaften Reaktionen der Zivilgesellschaft begünstigten das rasche Emporkommen dieser Partei. Erst mit Eintritt der FPÖ in die Regierung kam es zu einem Erwachen von nicht-staatlichen Organisationen und zu einem Aufleben organisierter Kritik.

Im Themenblock „Antisemitismus und Nationalsozialismus“ wurde zum einen der Frage nachgegangen, in welchem Verhältnis Antisemitismus und der neu eingebrachte Begriff der „deutschen Leitkultur“ stehen. Das gesplante Verhältnis der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland zum Judentum wurde durch Jobst Paul (Rottenburg) dargestellt und seine diskursiven Folgen erörtert. So findet sich die Symbolik des Antisemitismus aus der Zeit des Nationalsozialismus teilweise auch heute noch. Dies gilt z.B. für das damals häufig benutzte Schlüsselwort der „Sturmflut“, das heute im Zusammenhang mit den „Fluten von Einwanderern“ gebräuchlich ist. Ute Gerhard (Dortmund) untermauerte dies in ihrem Beitrag, in dem sie herausstellte, dass bereits die Nationalsozialisten moderne Symbole mit traditionellen koppelten - eine Methode, derer sich heute vielfach Rechtspopulisten bedienen.

Auch die diskursanalytische Betrachtung des historischen und aktuellen Antisemitismus durch die Beiträge von Siegfried Jäger (Duisburg) und Alfred Schobert (Aachen) förderte durchgängige Diskurslinien zu Tage, die sich in ihren verschie-

denen Ausprägungen bis heute äußern.

Im Themenblock „Neoliberalismus und Neue Mitte“ zeichnete Volkmar Wölk (Herzberg) zunächst den dynamischen Prozess der Entwicklung von der alten zur „Neuen Mitte“ in verschiedenen europäischen Ländern nach. Eine von Clemens Knobloch (Siegen) herausgestellte Auffälligkeit dieser Neuen Mitte ist der starke Einfluss moralischer Argumente auf die politische Entscheidungsfindung. Die moralischen Werte der Gesellschaft werden auf diese Weise von den Politikern umgesetzt, so dass die Bevölkerung ihren Willen erfüllt sieht und so auch z.B. Überschreitungen des Rechts mit moralischen Argumenten legitimiert werden können - wie dies beim NATO-Krieg in Jugoslawien der Fall war. In diesem Zusammenhang analysierte er die im Sommer 2000 aufgeworfene Diskussion um den Rechtsextremismus in Deutschland. Adi Grewenig (Hannover) verdeutlichte, dass als Forum für eine Moralisierung der Politik in den Medien vielfach das neue Format der politischen Talkshows fungiert. Sabine Kergel (Berlin) thematisierte das etwa seit Mitte der siebziger Jahre existente Problem der Arbeitslosigkeit und seine Bedeutung für die „neue Mitte“. Arbeitslosigkeit wird zunehmend als ein „bedauerlicher Sachzwang“ in Kauf genommen. Soziale Konflikte, die sich insbesondere für Frauen auf tun, werden nicht wahrgenommen und nicht bewältigt. Dagegen werden die durch zahlreiche Untersuchungen belegten Bildungsdefizite in Deutschland eher als eine Herausforderung angesehen, die zu bewältigen ist. Rolf-Dieter Hepp (Berlin) beschrieb das „Auseinanderfallen von Humankapital und Bildung“, das in speziellen Bereichen durch eine wegweisende Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft gestoppt werden soll. Sponsoring von Unternehmen im Bildungssektor erweist sich als eine Praxis, mit der der Standort Deutschland gesichert werden soll. Ein abschließender Themenblock widmete sich dem NATO-Krieg in Ju-

goslawien. Matthias Küntzel (Hamburg) machte deutlich, dass Deutschland keineswegs in diesen Krieg hineingeschlittert ist. Vielmehr haben die Bundesregierung(en) wie auch ihre Bündnispartner aktiv an einer Eskalation der Situation im Kosovo mitgearbeitet. Die postulierte Alternativlosigkeit wurde zudem durch die Medien kaum hinterfragt, wie Daniel Kocar (Duisburg) darstellte. Die Print-Medien folgten in weiten Teilen der durch die Entscheidungsträger vorgegebenen Argumentation. Die durch Margret Jäger (Duisburg) analysierte Kritik am Krieg, wie sie in den Medien geäußert wurde, wies in die gleiche Richtung. Die „humanitäre Katastrophe“, mit der der Krieg legitimiert wurde, ließ offenbar andere Argumente in den Hintergrund geraten. Vor diesem Hintergrund konnte sich Kritik lediglich defensiv, allenfalls problematisierend entfalten.

Das DISS veranstaltet unter Leitung von Siegfried Jäger seit nunmehr 11 Jahren regelmäßig Colloquien und Workshops zu brisanten (gesellschafts-)politischen Themen. Auch in diesem Jahr werden die Beiträge in einem Reader veröffentlicht. Das nächste Colloquium, das Ende 2001 stattfinden wird, wird sich vor allem dem Problem des „Institutionellen Rassismus“ widmen.

## Neue Anschrift

Seit März 2001 ist das DISS unter einer neuen Anschrift zu erreichen: Siegrstr. 15 (47051 Duisburg) Das kleine Haus im Hinterhof der Realschulstraße war uns einfach zu eng geworden. In unserem neuen Domizil haben wir mehr Platz und vor allem auch bessere Arbeitsbedingungen. Zwar begleiten uns immer noch ein paar Umzugswehen – das Computernetzwerk will manchmal nicht so wie wir – doch insgesamt fühlt sich das DISS-Team in seinen neuen Räumen pudelwohl und überträgt den Umzugselan nun auf weitere wissenschaftliche Aktivitäten. Übrigens: unsere Telefon- und Faxnummern sowie die email-Adresse haben sich nicht geändert.



1999,  
110 Seiten,  
19 DM

**Jobst Paul**

**<Erinnerung> als Kompetenz**

Zum didaktischen Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung  
ISBN 3-927388-70-X

Die Beschäftigung mit dem Holocaust hat in den Geistes- und Humanwissenschaften bis heute zu keinem Konzept geführt, wie Ausgrenzung, Stigmatisierung und Rassismus und ihre kulturellen Voraussetzungen erklärt und in kritisches Wissen umgesetzt werden können. Die vorliegende Studie entwickelt eine curriculare Skizze, die von der Sekundarstufe 1 bis zur gymnasialen Oberstufe sowie in der Ausbildung schrittweise oder in Teilen realisiert werden kann und der universitären Diskussion als Vorlage dienen soll.

Clemens Knobloch  
**Moralisierung und**

**Sachzwang**

**Politische Kommunikation in der Massendemokratie**

227 Seiten  
28 DM  
3-927388-69-6  
1998

Lexikon und Grammatik, die Mittel herkömmlicher Analyse und Beschreibung in der Linguistik, helfen uns beim Verständnis politischer Äußerungen ebenso wenig wie die Werkzeuge klassischer Rhetorik. Wie nähert man sich solchen Äußerungen? Was bedeutet es, wenn die Diskussion um Biotechnologie „aus der engen wissenschaftlichen Perspektive“ herausgeführt und Soziologen, Künstler, Theologen und Ethiker eingebunden werden sollen? Worauf zielt eine solche Strategie? Darauf, dass es genügt, den Topos „unvermeidliche Risiken des Fortschritts“ zu evokieren, um Gen- und Biotechnologie als völlig normal erscheinen zu lassen? Darauf, dass die Sicherung von Wohlstand mittels dieser Technologien als ein Gebot der Menschenwürde erklärt werden? Dieses Buch ist ein wichtiges Hilfsmittel zur Analyse politischer Kommunikation und ihrer Wirkungsmittel.

# Déjà Vu

Vom 9. - 11. Februar 2001 organisierte der Frankfurter ASTA eine Veranstaltung mit dem schönen Titel „**Ich schau Dir in die Augen, gesellschaftlicher Verblendungszusammenhang! Tagung zur Subjekt-konstitution und Ideologieproduktion**“.

*Serhat Karakayali war vor Ort*

Vor allem meine Freunde mit bereits abgeschlossenem Studium befanden, dass das Konzept der Veranstaltung „**Subjekt-konstitution und Ideologieproduktion**“ verbraucht sei, die eingeladenen Gäste eigentlich nichts Neues zu sagen hätten und das Ganze genau so auch vor 5 oder 10 Jahren hätte stattfinden können. Der der Veranstaltung zugrundeliegende fundamentale politik-theoretische Streit ist so neu tatsächlich nicht mehr.

Die Auseinandersetzung zwischen Ansätzen, die sich eher der Kritischen Theorie zurechnen und solchen, die im allgemeinen dem Post-strukturalismus zugeschlagen werden, ist in Deutschland seit Habermas' Attacke gegen Foucault Medium heftigster ideologischer Anfeindungen. Die Kritik Habermas', Foucault sei im Grunde genommen neokonservativ, war mit dessen Weigerung begründet, die sogenannten „normativen Grundlagen“ seiner Theorie „auszuweisen“, wie das im anerkennungstheoretischen Jargon so schön heißt. Das entziehe der Gesellschaftskritik die Grundlage, so Habermas. In gewisser Weise setzt sich dieser Streit in der linken Subkultur fort, denn bei den Linksradi-kalen geht die Furcht um, postmoderne Theorien würden die Radikalität linker Politik per se untergraben. „Diskurs essen Linke auf“ titelte daher einst ein Dossier zum Thema in der Jungle World.

Umgekehrt führte die Überheblichkeit derer, die ihre vermeintliche theoretische Avanciertheit vor sich hertragen wie eine Monstranz, häufig zu einer kaum politisch mehr nennbaren Distinktionsdynamik gegenüber allem, was irgendwie nach verstaubter Orthodoxie klang.

Auf dem Kongress standen, wie so häufig, diese Ansätze mehr oder weniger feindlich nebeneinander, und es war dem Publikum überlassen, die Verbindung herzustellen. Das zog jedoch vor, sich gegensei-

tig die Beulenpest an den Hals zu wünschen und die jeweils andere Seite für den Niedergang der Linken verantwortlich zu machen. Erstaunlich war daher, dass auf den Fluren von Studierendenhaus und Hörsaalgebäude der Frankfurter Universität nicht das übliche Familientreffen stattfand, wo jede jeden kennt. Ein großer Teil des Publikums gehörte nicht zu den üblichen Verdächtigen, auch weil es noch gar nicht so viel Gelegenheit dazu hatte: Sie waren zu jung dafür. Jedoch: Age ain't nothing but a number. Falls also irgendjemand gedacht haben sollte, Borniertheit und Dogmatismus hätten irgendwas mit uncoolen Senioren von der PDS zu tun, der wurde eines besseren belehrt.

Die Härte, mit der einige den vermeintlichen politischen Gegner angriffen, war kaum in Beziehung zu setzen mit der tatsächlichen politischen Bedeutung etwa der Frage, ob die Beschäftigung mit den Effekten von Polizeipraktiken auf Subjektivität nun konterrevolutionär ist oder nicht. Dass der Referent verdächtigt wurde, er sei möglicherweise „anfällig für bürgerliche Ideologie“ war eher Ausdruck von etwas anderem. Die Dogmatisierung geht nicht zufällig einher mit einer dramatischen Marginalität des Linksradikalismus. Wie um sich in einer zunehmend feindlicher werdenden Umwelt gegen alle verwässernden bzw. schädlichen Einflüsse zu schützen, werden ideologische Schützengräben ausgehoben, die dann verbissen verteidigt werden. Das Sektenhafte schlägt sich dann eben darin nieder, dass überhaupt nicht zur Diskussion steht, was das überhaupt sei, die bürgerliche Ideologie oder wie man darauf kommen könnte, jemand sei für sie anfällig wie ein Alkoholiker für gefüllte Pralinen.

Die Kritik des Publikums richtete sich vor allem gegen einen vorgeblichen Mangel an Kritik. Zwar wussten die poststrukturalistisch inspirierten Beiträge tatsächlich nicht zu begründen,

was etwa den Ansatz Foucaults für emanzipatorische Kritik wichtig macht, was ja durchaus möglich gewesen wäre. Aber sobald jemand nur den Anschein erweckte, etwas solle erstmal nur betrachtet werden, folgte die scheinbare Antithese auf dem Fuß: Es müsse vielmehr abgeschafft werden! So wurden permanent Kritik und Analyse alternativ diskutiert. Viele Diskussionsbeiträge erweckten den Eindruck, als wollten sich die Rednerinnen und Redner gegenseitig ihrer linken bzw. radikalen Identität versichern.

Die Skepsis gegenüber den sogenannten poststrukturalistischen Ansätzen war dabei weniger von den erkenntnistheoretischen Problemen getragen, die Habermas einst zum Verdikt der "Kryptonormativität" veranlassten, was immerhin ein interessanter Punkt gewesen wäre. Vorbehalte gab es wohl eher gegen die akademistische Sprache und das Fehlen gesellschaftskritischer Rhetoriken. Der Umstand etwa, dass der dekonstruktivistische Feminismus nur in einer kleinen akademischen Community diskutiert wird, ist tatsächlich ein Problem. Davon unmittelbar auf den politischen Gehalt dekonstruktivistischer Ansätze zu schließen ist allerdings kurzschlüssig. Auch der Marxismus war einige Zeit Mainstream an den Universitäten und nur die Tatsache, dass er es heute nicht mehr ist, scheint ihn für die radikale Linke wieder attraktiv zu machen. Der Vorbehalt gegenüber der akademischen Arriviertheit theoretischer Positionen ist kaum inhaltlich begründet, sondern selbst Teil der Inszenierung einer radikalen Identität, die keine politische Perspektive mehr hat.

Es wäre jedoch auch irreführend, den Konflikt auf dem Kongress als einen zwischen Akademismus und Populismus darzustellen, da immerhin ein nicht geringer Teil der jungen Radikalen Kritik mit kritischer Theorie identifizierte, für die ja bekanntlich "Wahrheit nicht kommunizierbar" ist, wie Adorno schrieb, Die bizarre Mischung aus Opferidentifikation, Weltschmerz und kritischer Kritik, die Lars Quadfasel in seinem Statement zur Abschlussdiskussion zum Besten gab, würde man eben auch nicht verstehen, wenn man nicht mal wenigstens den

Drang verspürt hat, die "Negative Dialektik" in den Händen zu halten. Lustigerweise hat Joachim Hirsch, obwohl kaum als Subjekttheoretiker bekannt, als Einziger bei jener Diskussion eine Position formuliert, die jenseits von Fatalismus und Euphorie lag. Statt Aufklärung (Florian Rödl) oder Geschichte der Subjektpositionierungen (Katja Dieffenbach) einfach zu setzen, versuchte Hirsch, Politiken der Subjektivität zu kontextualisieren. Wer auf die von den VeranstalterInnen präparierte Frage "Pro oder contra Subjekt?" (wirklich!) nicht antwortete, hatte jedenfalls schon einiges gewonnen.

So wie jede Verschwörungstheorie auch nur der verzweifelte Versuch ist, Sinn und Ordnung in die Welt zu projizieren, bestehen heute linksradikale Ansätze politischer Theorie anscheinend darin, das fehlende gesellschaftspolitische Projekt durch Innovation oder Kohärenz im theoretischen Bereich zu kompensieren. Während die kritischen TheoretikerInnen in einer Mischung aus westlichem und östlichem Marxismus das Heil suchen, um die endgültig "richtig richtige" Politik zu finden, besteht die poststrukturalistische Bewegung nach wie vor in einer bloß negatorischen Abgrenzung gegenüber allen Versuchen, Totalität zu denken.

Vielleicht liegt die Antwort wie so häufig in der Praxis. Bekanntlich liess sich Foucault in seinem politischen Engagement in keiner Weise durch scholastische Fragen beirren, während Habermas, der so toll alles normativ zu begründen können glaubte, sich eher bedeckt halten sollte. Scholastisch werden theoretische Fragen dann, wenn ihre Beantwortung keine politische Relevanz hat und sie, wie auf dem Kongress gesehen, nur noch identitätsbildende Funktion haben. Anstatt zwei theoretische Konzepte so gegeneinander zu positionieren, dass dabei nur Blut fließen kann, kömmt es darauf an, zu reflektieren, was der Ort und die Stellung der Theoreme in den gegenwärtigen Verhältnissen ist. Aus dieser Ortsbestimmung könnte es gelingen, eine Gesellschaftskritik zu entwickeln, die nicht nur kritisch und theoretisch kohärent ist, sondern praktisch dadurch, dass sie sich eben *in* und nicht jenseits dieser Verhältnisse weiß.



## Immer noch aktuell, daher: „BrandSätze“ im Internet

„BrandSätze. Rassismus im Alltag“, erstmalig 1992 erschienen und wegen der großen Nachfrage insgesamt viermal aufgelegt, haben wir nun ins Internet gestellt: [www.uni-duisburg.de/diss](http://www.uni-duisburg.de/diss). Dem Buch liegt ein Projekt zu Grunde, das 1990/91 als Lehrforschungsprojekt des DISS in Kooperation mit der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg durchgeführt wurde. Beteiligt waren neben Mitarbeitern des DISS 25 Studierende.

Die Ergebnisse dieser Studie erregten bereits vor der großen Welle von Brandanschlägen deshalb Aufsehen, weil sie dokumentierten, wie sehr Rassismus zur selbstverständlichen Denkungsart in weiten Kreisen der Bevölkerung gehört.

Weitere Untersuchungen von DISS-MitarbeiterInnen bestätigen und vertiefen die Ergebnisse dieser Studie: z.B. Margret Jäger: Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, Duisburg 1996 und Gabriele Cleve: Rassismus und völkisches Denken im Alltag, in: Siegfried Jäger, Dirk Kretschmer u.a.: Der Spuk ist nicht vorbei, Duisburg 1998, S. 214-246.



Siegfried Jäger /  
Alfred Schobert (Hg.)  
**Weiter auf unsicherem  
Grund**  
**Faschismus - Rechtsex-  
trémismus - Rassismus**  
Kontinuitäten und Brüche  
276 Seiten  
29 DM  
3-927388-75-0  
2000

Rassistische und antisemitische Anschläge sind Alltag in der Bundesrepublik Deutschland. Die mehr als 100 Toten und die zahllosen Schwerverletzten ermahnen zu der Erkenntnis, dass völkische und autoritäre Tendenzen die politische Kultur in Deutschland belasten.

Die Gefährdung der »zivilen Bürgergesellschaft«, die Bundeskanzler Schröder ein Jahr nach der ersten deutschen Kriegsbeteiligung seit 1945 beschwor, lässt sich nicht unter dem Stichwort »Extremismus« als Phänomen am Rand der Gesellschaft abtun. Wie die Debatte um Einwanderung und die Kontroversen über die deutsche Vergangenheit zeigen, reichen die völkisch-nationalistischen Tendenzen bis weit in die Mitte der Gesellschaft.

#### Aus dem Inhalt:

*Kurt Lenk:* Ideologische Kontinuitäten und gesellschaftlicher Wandel

*Wolfgang Wippermann:* Über „Extremismus“, „Faschismus“, „Totalitarismus“ und „Neofaschismus“

*Othmar Plöckinger:* Adolf Hitler als Redner

*Lars Rensmann:* Nationalismus und Judäophobie

*Alfred Schobert:* Geschichtspolitik und die Abwicklung kritischer Theorie

*Siegfried Jäger:* Das Machtspiel des Jörg Haider

*Margarete Jäger:* Der NATO-Krieg in Jugoslawien und die Print-Medien

*Weertje Willms:* Literatur in der Bundesrepublik zwischen 1945 und 1970

*Manfred Struck:* Im Heute aus dem Gestern für das Morgen lernen

*Thomas Höhne:* Migration und Schulbuch

*Thomas Kunz:* Einwandererkinder: „Zwischen den Stühlen“

*Klaus F. Geiger / Margret Spohn:* Diskurse des Ein- und Ausschlusses in Frankreich und Deutschland

erscheint demnächst im DISS

Eva Kaewnetara / Hans Uske (Hg.)

### **Migration und Alter**

**Auf dem Weg zu einer kulturkompetenten Altenarbeit**

Konzepte - Methoden - Erfahrungen

ca. 250 Seiten, ca. 27,- DM

*Angelika Ertl (Darmstadt)*

Konzepte für das Praxisfeld Interkulturelle Altenpflege. Kultursensibel Pflegen - Interkulturelles Zusammenarbeiten

*Mustafa Calicoglu / Frederike Müller (Bochum)*

Neue Wege einer offenen multikulturellen Seniorenarbeit - Das Stadtteilprojekt Bochum-Dahlhausen

*Maria Becker-Reuter / Eva Kaewnetara (Wuppertal / Duisburg)*

Kultursensible Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern

*Anne Dietrich (Köln)*

Interkulturelle Trainings im Altenpflegebereich

*Türkan Yilmaz (Essen)*

Pflegeversicherungsberatung mit türkischen Seniorinnen und Senioren - Erfolge trotz schwierigem Zugang - Erfahrungen im Seniorenbüro Essen

*Ilhan Bükrücü (Gelsenkirchen)*

Alte Migrantinnen und Migranten als Kunden der ambulanten Altenpflege

*Seniorinnen und Senioren der Begegnungsstätte*

*Marxloh (Duisburg)*

Selbstorganisation älterer MigrantInnen

*Wiechtrud Frewer / Katrin Jäger (Bielefeld)*

Interkulturelle Kompetenz in der Aus- und Weiterbildung. Erfahrungen aus einem transnationalen Projekt im Bereich (Alten-) Pflege

*Jonna Zacharaki (Düsseldorf)*

Erfahrungen mit Schulungen pflegender Angehöriger bei griechischen Einwanderern

*Manuel Romano-Garcia (Münster)*

„Ich bin länger in Deutschland als Sie!“ Adelante! Empowerment spanischer Selbsthilfegruppen

*Eva Kaewnetara / Hans Uske (Duisburg)*

Erfolgreiche Modelle - Anforderungen der Zukunft - Konsequenzen für kultursensible Praxis und Theoriebildung